

3,90 €

Flüchtlinge im Dialog

Einstellungen zu Demokratie und
gesellschaftlichem Zusammenleben
von in Salzburg lebenden Flüchtlingen

Erstellt von

Mag.^a Dagmar Baumgartner & Mag. Hans Holzinger

In der Reihe Arbeitspapiere
der Robert-Jungk-Stiftung

Die Arbeitspapiere werden von der Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen (JBZ) herausgegeben. Die Inhalte der Arbeitspapiere geben nicht notwendigerweise die Meinung der Robert-Jungk-Bibliothek wieder, sie sollen Diskussionen anregen. Gesamtverantwortung: Mag. Stefan Wally MAS. Der Druck dieses Arbeitspapiers wird ermöglicht durch das Land Salzburg. Impressum: Salzburg, JBZ-Verlag, 2017. ISBN 978-3-902876-32-4

Bisherige Arbeitspapiere:

- Nr. 1/ David Röhler / Government 2.0
- Nr. 2/ Minas Dimitriou / Sport zwischen Inklusion und Exklusion
- Nr. 3/ Nimet Ünal / Migration und schulischer Erfolg
- Nr. 4/ Georg Gruber / Zukunftsvorstellungen junger AsylwerberInnen
- Nr. 5/ Achim Eberspächer / Jungk: Zukunftsforscher u. Anführungszeichen
- Nr. 6/ Silvia Augeneder / Kommerzialisierung menschlicher Körperteile
- Nr. 7/ Bärbel Maureder / Der Salzburger IT Arbeitsmarkt
- Nr. 8/ Barbara Eder / Freiwilligentätigkeit in Österreich
- Nr. 9/ Silvia Augeneder et al / Diese Entwicklungen werden Salzburg bis 2030 prägen
- Nr. 10/ Reinhard Hofbauer / Lebensqualität als alternative Zielformel
- Nr. 11/ Sandra Filzmoser / Wohlbefinden und Engagement
- Nr. 12/ Edgar Göll / Governance-Modelle der Zukunft
- Nr. 13/ Martin Reindl / Die Patientenverfügung
- Nr. 14/ Iwan Pasuchin / Mediengestaltung als demokratische Erfahrung
- Nr. 15/ Katharina Gammer / Robert Jungk, die frühen Jahre
- Nr. 16/ Andreas Pfütznern / Robert Jungks Leben in Salzburg
- Nr. 17/ Luisa Pichler / Robert Jungk und die Anti-Atomkraft-Bewegung
- Nr. 18/ Christian Schwendinger / Zukunftswerkstätten
- Nr. 19/ Michael Vereno u. Blake Giragos / Rezeption Robert Jungks in den USA
- Nr. 20/ Ernestine Depner-Berger u. Stefan Wally / Abschied von politischer Teilhabe
- Nr. 21/ Erich Mild / Energiepolitische Ziele Salzburg
- Nr. 22/ Helga Embacher / Robert Jungks Judentum
- Nr. 23/ Ulrike Kammerhofer / Regionale Identität
- Nr. 24/ Peter Emberger / Zur Rezeption von Robert Jungk in Österreich
- Nr. 25/ Robert Jungk / Zitatesammlung
- Nr. 26/ Silvia Augeneder et al / Salzburg morgen
- Nr. 27/ Elmar Altvater / Was uns Robert Jungk auf den Weg geben kann
- Nr. 28/ Wiebke Claussen et al / Die Kunst der Partizipation
- Nr. 29/ Erich Mild et al / Salzburg morgen. Update 2014
- Nr. 30/ Christian Resch / Immobilienerbe und Lebensqualität
- Nr. 31/ Thomas Lehner / Welche Kriterien entscheiden über die Chancen der Kinder
- Nr. 32/ Fabian Habersack / Zur Bedeutung nationaler Identität in Salzburg
- Nr. 33/ Att Lanz / Wie autoritär denkt Salzburg?
- Nr. 34/ Ewald Hiebl, Stefan Wally / Das Zukunftsdenken bei Robert Jungk und Leopold Kohr
- Nr. 35/ Andreas Weiss / Der unliebsame Gesprächspartner
- Nr. 36/ Minas Dimitriou/ Wir und unser Körper
- Nr. 37/ Birgit Bathic-Kunrath/Hans Holzinger/Stefan Wally (Hg.): Zukunft Migration

www.jungk-bibliothek.at/arbeitspapiere

Inhaltsverzeichnis

Einführung

Das Forschungsvorhaben	5
Das Design des Projektes und der Dialogrunden	8
Die Zusammensetzung der Gruppen	12

Ergebnisse

Thema 1: Meinungsfreiheit und Menschenwürde	16
Thema 2: Religion und Staat	27
Thema 3: Gleichberechtigung von Mann und Frau	35
Thema 4: Rechte von Kindern	43
Thema 5: Demokratie und Beteiligung	46
Schlussrunden und Feedback	53

Zusammenfassung und Schlussfolgerungen	55
--	----

<i>Zu den Autor/innen und Danksagung</i>	63
--	----

Einführung [1]

Das Forschungsvorhaben

Das Projekt „Flüchtlinge im Dialog. Einstellungen zu Demokratie und gesellschaftlichem Zusammenleben von in Salzburg lebenden Flüchtlingen“ diente der qualitativen Erhebung der Werteeinstellungen von Flüchtlingen, die im Land Salzburg leben. Das Projekt bestand aus zwei Teilen: der Durchführung von Dialogworkshops mit Flüchtlingen sowie der Aufbereitung deren Ergebnisse in der vorliegenden Publikation. Auftraggeber für die Studie war das Land Salzburg, Abteilung 02 Kultur, Bildung und Gesellschaft.

Im Mittelpunkt des Interesses stand die Frage:

Welche Einstellungen zu Demokratie, gesellschaftlichem Zusammenleben sowie zu Gleichheit und Toleranz sind in der zu untersuchenden Personengruppe vorherrschend?

Der vorliegende Bericht versteht sich als Beitrag zu einer sachlichen Diskussion über Migration und Werteorientierungen. Das Forschungsprojekt hatte das Ziel, Einstellungen von Salzburger Flüchtlingen zu Menschenrechten und Meinungsfreiheit, zum Verhältnis von Religion und Staat, der Gleichberechtigung von Mann und Frau, den Rechten von Kindern sowie zu Demokratie und Beteiligung zu erheben.

Gemäß dem Ansatz einer qualitativen Sozialforschung sollte den Befragten die Möglichkeit gegeben werden, Einstellungen und Meinungen im Dialog ausgehend von ihren eigenen Lebenserfahrungen zu äußern. Ein Unterfangen, welches quantitative Erhebungen mit einfachen Ja/Nein- bzw. Multiple Choice-Fragestellungen in der Regel nicht leisten können. Die vorliegenden Ergebnisse sind daher als notwendige Ergänzung zu einschlägigen quantitativen Forschungsergebnissen anzusehen.

Das Projekt wurde finanziell und logistisch vom Land Salzburg, Referat 02 Kultur, Bildung und Gesellschaft, unterstützt.

Hintergrund

Spricht man von Migration, dann geht es um ca. 250 Millionen Menschen, die sich derzeit weltweit für mindestens ein Jahr außerhalb ihres Geburtslandes befinden. Davon sind etwa 65 Millionen auf der Flucht.¹ Die Ursachen und Gründe sein Heimatland zu verlassen sind vielfältig. Migration und Flucht stellen eine globale Herausforderung dar und konfrontieren die Zielländer mit ökonomischen, sozialen und kulturellen Fragen im globalen Kontext.²

Zu Beginn des Jahres 2017 lebten insgesamt 1.341.930 Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit in Österreich. Dies entspricht 15,3% der österreichischen Gesamtbevölkerung. Davon stammen 664.729 Personen (49,5%) aus EU-Ländern. Die Zahl der in Österreich lebenden Personen aus Drittstaaten beträgt 677.201, dies entspricht einem Anteil von 50,5% an allen ausländischen Staatsangehörigen in Österreich.³

Mit Blick auf Salzburg zeigt sich folgendes Bild: Im Bundesland Salzburg lebten am Stichtag 1.1. 2017 549.263 Personen, 21,3% davon wiesen einen Migrationshintergrund auf. Davon befanden sich 4.007 Asylwerber und Asylwerberinnen in der Grundversorgung, also 0,73% gemessen an der Gesamtbevölkerung. Rund 38% der Asylwerbenden stammten im April 2017 aus Afghanistan (rund 1.500 Personen), 14% (rund 560 Personen) aus dem Irak und 12% aus Syrien (480 Personen). Die Übrigen stammten aus Somalia, Iran, Pakistan, Russland, Pakistan und Armenien. 1,4% der in der Grundversorgung lebenden Menschen waren im Januar 2017 offiziell als staatenlos gemeldet.⁴

Das Österreichische Bundesministerium für Europa, Integration und Äuße-

¹ Vgl. <https://www.uno-fluechtlingshilfe.de/cdn/trk/lp/v01/> Aufgerufen am 28.8.2017

² Vgl. exemplarisch: Zukunft Migration. Tagungsdokumentation. Hrsg. von der Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen. Arbeitspapier 37, September 2017.

³ Statistik Austria: Bevölkerung nach Staatsangehörigkeit und Geburtsland. Aktuelle Jahresergebnisse. www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bevoelkerung/bevoelkerungsstruktur/bevoelkerung_nach_staatsangehoerigkeit_geburtsland/index.html Aufgerufen am 26.04.2017

⁴ Vgl. Land Salzburg: Asylreporting www.salzburg.gv.at/themen/soziales/asyl/asylreporting Aufgerufen am 26.04.2017

res (BMEIA) bietet Flüchtlingen und Zuwandernden seit 2015 Werte- und Orientierungskurse. Organisiert werden diese vom Österreichischen Integrationsfonds (ÖIF). Die Kurse sollen helfen „in die Mitte der österreichischen Gesellschaft zu gelangen“.⁵ Die Kenntnis über die Grund- und Menschenrechte werden als Basis für die erfolgreiche Integration in das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben in Österreich gesehen. Folgende Grund- und Menschenrechte werden u. a. genannt:

- Menschenwürde
- Gleichberechtigung von Mann und Frau
- Freiheit das Leben so zu gestalten wie ihm/ihr beliebt, solange nicht gegen das Gesetz verstoßen wird
- Demokratie
- Rechtsstaatlichkeit
- Aufteilung der Staatsmacht.⁶

Rund 14.000 Personen im Alter zwischen 21 und 60 Jahren haben laut Österreichischem Integrationsfonds (ÖIF) im Jahr 2016 in Österreich diese Werte- und Orientierungskurse besucht, 650 Personen davon im Land Salzburg.⁷

Für den theoretischen Input bei den Dialogrunden orientierten wir uns an der Lernunterlage zu den Werte- und Orientierungskursen des ÖIF und dem „Refugee Guide“ des Bundesministeriums für Inneres⁸, um zu erfahren welche Meinungen und Einstellungen die Teilnehmenden zu diesen Inhalten vertreten.

⁵ Lernunterlage zum Werte und Orientierungskurs (2016): Mein Leben in Österreich. Chancen und Regeln. Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres. S. 8

⁶ Ebd. S. 8f

⁷ Österreichischer Integrationsfonds: Jahresbericht 2016.

https://www.integrationsfonds.at/fileadmin/content/AT/Fotos/Publikationen/Jahresberichte/Jahresbericht_2016_An sicht.pdf Aufgerufen am 14.08. 2017

⁸ Bundesministerium für Inneres: <http://www.refugee-guide.at/> Aufgerufen am 26.04.2017

Einführung [2]

Das Design des Projekts und der Dialogrunden

Zur untersuchten Personengruppe zählen Frauen und Männer ab 16 Jahren, die nach 2013 als Flüchtlinge nach Salzburg gekommen sind und nun hier leben. Die Teilnehmenden des Forschungsprojekts wurden mit Unterstützung des Landes Salzburg/Referat 02 zu den Dialogrunden, die in der Robert-Jungk-Bibliothek stattgefunden haben, eingeladen.

Die Untersuchung wurde mithilfe einer qualitativen Gesprächs- und Forschungsmethode durchgeführt. Ein aus unserer Sicht großer Vorteil und eine besondere Qualität eines Prozess- und Untersuchungsdesigns in der vorliegenden Form ist die Offenheit und Dialogorientiertheit.

Wir orientierten uns methodisch am Dialogkonzept nach *David Bohm*¹, dem eine verständigungsorientierte Kommunikationsform zugrunde liegt. Der Dialog sollte ermöglichen, die Einstellungen, das Wissen und die Werte der Zielgruppe lebensnah herauszuarbeiten. Der Dialog nach David Bohm verfügt über spezielle Kernfähigkeiten bzw. Gesprächsregeln, auf die in den Dialogrunden Bedacht genommen wurde: Dazu gehören u.a.

- Aktives Zuhören
- Offenheit
- Respekt
- Langsamkeit.²

Der Verlauf der Dialoge wurde von den Moderierenden protokolliert. Dabei übernahm immer eine Person die Hauptmoderation, die andere die Protokollierung. Letztere ließ sich nur begrenzt in das Gespräch ein.

Im Zuge des Anmeldeverfahrens wurden uns von Seiten der Teilnehmenden Angaben zum Alter, dem Herkunftsland und dem derzeitigen Wohnort im Land Salzburg mitgeteilt. In der Vorstellungsrunde wurden die Teilnehmenden

¹ Vgl. Bohm, David (2017, 8. Aufl.): *Der Dialog. Das offene Gespräch am Ende der Diskussionen*. Stuttgart.

² Vgl. Hartkemeyer, Johannes/Hartkemeyer, Martina/Hartkemeyer, Tobias (2015): *Dialogische Intelligenz. Aus dem Käfig des Gedachten in den Kosmos des gemeinsamen Denkens*. Frankfurt/M.

den gebeten, auch ihren Beruf (bei Jugendlichen: Berufswunsch) bzw. ihre Ausbildung zu nennen. Zudem wurde der Asylstatus erfragt. In der Auswertung der Ergebnisse wurde jedoch strikt auf Anonymisierung der Aussagen geachtet und den Teilnehmenden auch so kommuniziert.

Um trotz Anonymität sicherzustellen, dass Äußerungen nach soziografischen Merkmalen (Alter, Herkunftsland, Beruf) zugeordnet werden können, wurden die Sitzplätze der Teilnehmenden mit Nummern versehen. Während dem Protokollieren war somit die Zuordnung der Äußerungen zu den Personen gewährleistet.³

Die schriftliche Einladung erfolgte in den Sprachen Deutsch, Farsi/Dari und Arabisch und wurde über das Integrationsreferat des Landes Salzburg an die Einrichtungen und Unterkünfte von Asylberechtigten und -werbenden in Salzburg übermittelt.

Für die Mitwirkung wurde eine Teilnahmebestätigung durch das Land Salzburg sowie ein Lebensmittelgutschein von 10 Euro in Aussicht gestellt. Angeboten wurden insgesamt sechs Workshops, die vom 10. bis 12. Mai 2017 in der Robert-Jungk-Bibliothek durchgeführt wurden. Jeder Workshop dauerte 3,5 Stunden. Einer Einführung durch die Moderierenden folgten die Dialogrunden zu den fünf angesprochenen Themen.

Alle Workshops wurden mit Übersetzung in Farsi/Dari und Arabisch durchgeführt. Damit sollte sichergestellt werden, dass sich die Teilnehmenden auf die Inhalte konzentrieren konnten und Sprachbarrieren keine Rolle spielten.⁴

In der Einführung wurde jeweils der geplante Ablauf des Workshops und der Forschungshintergrund des Projekts erläutert. Dabei betonten die Workshop-Leitenden, dass die geäußerten Meinungen ausschließlich in anonymisierter Form verwendet würden und dass diese auch keinerlei Einfluss auf das Asylverfahren haben würden. Die Teilnehmenden wurden

³ Nur von einigen wurde nachgefragt, warum wir in den Protokollen für die Personen Nummern vermerken, was jedoch gut aufgeklärt werden konnte.

⁴ Auch wenn einige der Teilnehmenden gerne auf Deutsch gesprochen hätten, um ihre bereits erworbenen Deutschkenntnisse zu zeigen!

ermuntert, offen zu sprechen und die Dialoge auch dafür zu nutzen, um miteinander ins Gespräch zu kommen.⁵

Inhaltlich orientierten wir uns - wie bereits gesagt wurde - an den Grundwerten, die im Refugee-Guide des Bundesministeriums für Inneres (BMI)⁶ definiert sind, ergänzt um eigene Aspekte. Dies sichert die Kompatibilität zu anderen Erhebungen bzw. Fortbildungen.

Fünf Themenbereiche wurden in Dialog gebracht:

- Menschenwürde und Freiheit
- Religion und Staat
- Gleichberechtigung von Mann und Frau
- Rechte der Kinder
- Demokratie und Mitsprache

Betont wurde bei der theoretischen Einführung, dass Werte wie Demokratie, Menschenrechte, Trennung von Religion und Staat sowie die Gleichberechtigung von Mann und Frau in Österreich historisch gewachsen sind, also in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen entstanden sind und dass diese in der Realität selbstverständlich nie zur Gänze umgesetzt sind. Die Grundwerte wurden in Form eines theoretischen Inputs vorgestellt und dann anhand folgender Leitfragen in Dialog gebracht:

- *Welche Bedeutung haben für mich diese Grundwerte?*
- *Welche Erfahrungen habe ich mit diesen Werten in meinem Herkunftsland gemacht?*
- *Wie erlebe ich das gesellschaftliche Zusammenleben hinsichtlich dieser Werte in Salzburg?*

Die Dialoge wurden bewusst offen gestaltet. Die Teilnehmenden wurden gebeten, ihre Meinung zu den skizzierten Werten zu äußern, Erfahrungen

⁵ Dieses Ziel ist weitgehend gelungen. Dennoch war gerade bei jenen, die noch keinen Asylstatus hatten, eher Vorsicht zu vernehmen.

⁶ Bundesministerium für Inneres: <http://www.refugee-guide.at/> Aufgerufen am 26.04.2017

aus ihren Herkunftsländern zu berichten, aber auch ihre Erfahrungen, die sie in Bezug auf diese Werte hier in Salzburg als Flüchtlinge, etwa im Bereich Menschenwürde oder Gleichberechtigung machen, einzubringen.

Am Ende jedes Workshops wurde den Teilnehmenden noch die Möglichkeit gegeben, Anregungen und Wünsche in Bezug auf ihre Lebenssituation als Flüchtlinge in Salzburg zu äußern.

Da alle Äußerungen von den Dolmetschenden übersetzt wurden, sind die Zitate in fließendem Hochdeutsch wiedergegeben. Mit den Dolmetschenden wurde die Bedeutung der authentischen Wiedergabe besprochen.

Das Ziel war, qualitative Erkenntnisse zu Einstellungen von Asylwerbenden zu gesellschaftlichen Werten zu gewinnen. Im Unterschied zu quantitativen Umfragen bot das Setting der Dialogrunden die Möglichkeit, Aussagen persönlich und unabhängig von den Begriffen und unterliegenden Annahmen von Fragestellungen zu formulieren und im Austausch mit der Gruppe zu entwickeln. Die Ergebnisse sind daher - es sei nochmals betont - eine unverzichtbare Ergänzung zu quantitativen Befunden.

Einführung [3]

Die Zusammensetzung der Gruppen

Insgesamt wurden sechs Workshops durchgeführt, pro Gruppe ein Workshop. Die ersten drei Workshops fanden mit Übersetzung zwischen Deutsch und Arabisch, die Workshops 4-6 mit Übersetzung zwischen Deutsch und Farsi-Dari statt. Die Zuordnung der Teilnehmenden erfolgte also primär nach deren Muttersprachen. Zugleich gab es eine reine Frauengruppe, eine reine Männergruppe sowie eine Jugendgruppe mit ausschließlich männlichen Teilnehmern aus Afghanistan.

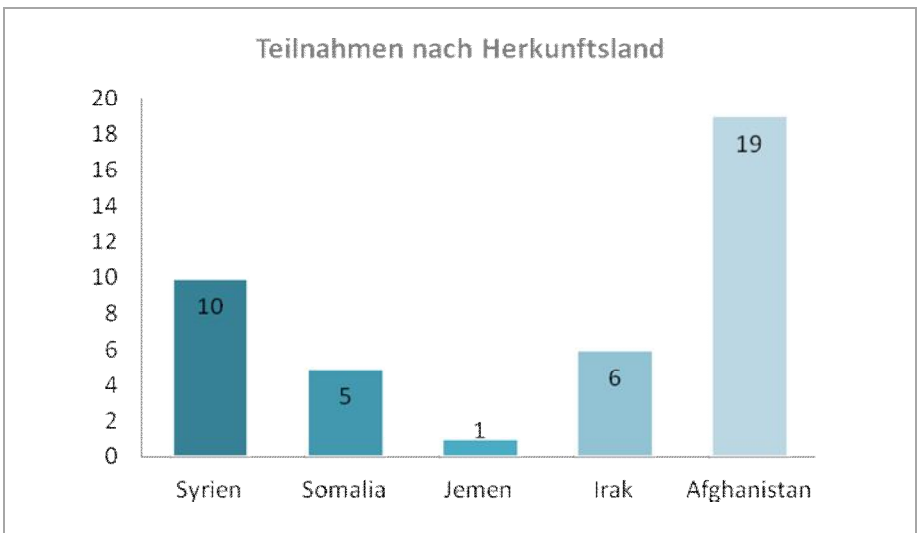
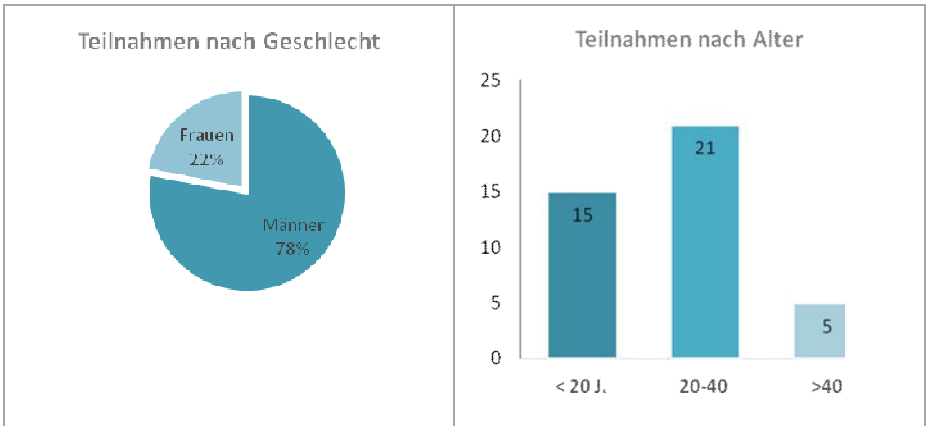
Insgesamt wirkten 41 Personen im Alter zwischen 17 und 48 Jahren an den Workshops mit. Die Mehrzahl der Teilnehmenden waren Männer, nämlich 32. Von den 9 Frauen nahmen sechs an der Frauengruppe teil, die drei weiteren in anderen Gruppen. Aus folgenden Herkunftsländern stammten die Teilnehmer und Teilnehmerinnen: Afghanistan, Syrien, Irak, Jemen und Somalia, wobei die afghanischen Teilnehmenden in der Überzahl waren (19), gefolgt von den syrischen Teilnehmenden (10), Irak (6), Somalia (5) und eine Person aus dem Jemen (s. Grafiken, S. 13).

Die Hälfte der Teilnehmenden (51%) war zwischen 20 und 40 Jahren alt (Altersgruppe 2), mehr als ein Drittel waren unter 20 Jahren (37%, Altersgruppe 1) und 12% waren älter als 40 Jahre (Altersgruppe 3).

Es waren unterschiedliche Berufe mit unterschiedlichen Bildungsabschlüssen vertreten - von Bauarbeiter, Schneider, Taxifahrer und Elektro-Ingenieur bis hin zu einem Anwalt und einem Möbeldesigner. Die meisten Frauen stellten sich als Mütter und Hausfrauen vor, eine war Schneiderin, eine Konditorin und eine Apothekerin. Einige der jüngeren Teilnehmenden gaben an, Schüler oder Student zu sein (s. Auflistung S. 14).

Alle Teilnehmenden sind im Zuge der Fluchtbewegungen der Jahre 2013-2016 nach Österreich gekommen. Nur wenige hatten zum Zeitpunkt der Workshops einen positiven Asylbescheid, einige hatten Asyl auf Zeit bekommen, viele warteten noch auf ihren Bescheid.

Die qualitative Erhebung machte es erforderlich, mit einem begrenzten Sample an Teilnehmenden zu arbeiten. 41 Mitwirkende am Forschungsprojekt entsprechen in etwa einem Prozent der Flüchtlinge, die derzeit in Salzburg in der Grundversorgung betreut werden. Es besteht daher kein Anspruch auf Repräsentativität.



Die vertretenen Berufe

Apothekerin Bauingenieur Biologe Elektroingenieur Elektrotechniker Handwerker Konditorin Koch KFZ-Mechaniker Maurer	Rechtsanwalt Schneiderin Student Taxifahrer Tischler <i>Mehrere Frauen gaben an Mütter und Hausfrau zu sein. Mehrere Jugendliche machen in Salzburg einen Pflichtschulabschluss bzw. eine Lehre.¹</i>
--	---

Die Gruppen im Detail

Gruppe 1 bestand aus sieben Männern und einer Frau. Vier Teilnehmende stammten aus Syrien, zwei aus Somalia und je eine Person aus dem Irak und dem Jemen. Vertreten waren alle drei Altersgruppen < 20 J., 20-40 J. und > 40 J.

Gruppe 2 bestand aus insgesamt acht Männern: Jeweils drei stammten aus Somalia und aus Syrien, zwei aus dem Irak. Auch hier waren alle Altersgruppen vertreten. Nur die syrischen Teilnehmenden hatten einen positiven Asylbescheid.

Gruppe 3 war die Frauengruppe. Jeweils drei Frauen stammten aus Syrien und dem Irak. Drei gaben einen Beruf an, die drei weiteren drei gaben an Mütter zu sein. Vertreten waren die Altersgruppen 2 und 3.

Gruppe 4 war die erste Gruppe mit insgesamt sechs Teilnehmenden ausschließlich aus Afghanistan, zwei davon waren weiblich. Vertreten waren alle Altersgruppen.

¹ Um die Anonymität zu wahren, haben wir bei den Aussagen von einer Zuordnung zu den Berufsgruppen abgesehen, auch wenn diese selbstverständlich aussagekräftig wäre.

Gruppe 5 bestand ebenfalls ausschließlich aus Teilnehmenden aus Afghanistan, diesmal nur Männer. Vertreten waren alle drei Altersgruppen.

Gruppe 6 bestand aus vier Jugendlichen, die aus Afghanistan stammen und seit zwei Jahren in Österreich bzw. in Salzburg leben und hier einen Schulabschluss nachholen bzw. eine Lehre machen. Alle vier hielten sich davor illegal im Iran auf.²

² Die Jugendlichen konnten bereits relativ gut deutsch. Der Workshop wurde aber dennoch mit Übersetzung durchgeführt, weil die Muttersprache eine bessere Artikulation der eigenen Meinung ermöglicht. In dieser Gruppe wurde die Reihenfolge der behandelten Themen geändert und mit dem Bereich Demokratie gestartet.

Meinungsfreiheit und Menschenwürde

Jeder Themenblock der Workshops startete mit einem Input der Moderation, der eine Einführung in die in Österreich geltenden Normen, Werte und Gesetze, in Anlehnung an den Refugee Guide des BMI, zum jeweiligen Thema gab. In den Formulierungen wurde darauf geachtet, möglichst keine sozial erwünschten Antworten zu provozieren.

Hier der Wortlaut des Inputs zu „Meinungsfreiheit und Menschenwürde“:

Alle Menschen haben die gleichen Rechte. Jeder Mensch hat das Recht mit Respekt behandelt zu werden. Niemand darf die Würde und Rechte anderer Menschen verletzen. Unterschiede wegen Geschlecht, Alter, Bildung, Religion, Herkunft oder Aussehen darf es nicht geben. Freiheit ist in Österreich wichtig, Jeder Mensch in Österreich darf seine Meinung sagen. Aber die Freiheit hat auch Grenzen. Man darf nicht die Würde anderer Menschen verletzen. Gewalt, sexuelle Belästigung und Vergewaltigung sind in Österreich streng verboten und werden gerichtlich verfolgt. Es drohen Gefängnisstrafen.

Die erste Dialogrunde thematisierte die Fragen der verfassungsmäßig geschützten Menschenwürde und Gleichbehandlung aller Menschen ungeachtet ihrer Herkunft, ihres Alters, ihrer Bildung oder ihres Aussehens. Es wurde den Flüchtlingen vermittelt, dass diese Rechte in Österreich seit 1945, nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges und der nationalsozialistischen Diktatur, in der Verfassung verankert sind und bei Nichteinhaltung eingeklagt werden können.

Hingewiesen wurde auch darauf, dass die rechtliche Gleichstellung nicht gleichbedeutend sei mit gleichen Lebens- und Aufstiegschancen, da es hier Unterschiede hinsichtlich finanzieller Ausstattung und Bildungsmöglichkeiten gäbe. Aber alle Bürger und Bürgerinnen hätten Zugang zu Bildungs- oder Gesundheitseinrichtungen. Zudem herrsche Meinungsfreiheit.

Die Moderierenden baten die Teilnehmenden um ihre Einschätzung dieser Werte sowie um die Darlegung möglicher Unterschiede zwischen ihrem

Herkunftsland und Österreich. Zudem wurde die Frage gestellt, ob sich die Teilnehmenden in Österreich gleichbehandelt fühlen.

In *Gruppe 1* kam das Gespräch sehr bald auf das Thema Frieden, den es in den Herkunftsländern der Teilnehmenden nicht gäbe, was der Grund für ihre Flucht sei. Es wurden Bedingungen für Frieden wie Gerechtigkeit, Fairness, Bildungs- und Arbeitsmöglichkeiten sowie korruptionsfreie Regierungen genannt.

Der aus Syrien stammender Teilnehmer drückte dies so aus:

„Ich glaube, Friede gibt es nur, wenn alle gleiche Chancen haben. Sobald es Arme und Reiche gibt, kommt es zu Neid und Konflikten. Denn die Armen wollen auch ein gutes Leben und in Frieden leben. Frieden gibt es nur durch Gerechtigkeit. Früher war das Bildungssystem in Syrien sehr gut. Aber jetzt ist alles zerstört. Das Gesundheitssystem funktioniert nicht mehr und es gibt wenig Arbeitsmöglichkeiten.“ (Syrer, Altersgruppe 3)

Ein anderer ebenfalls aus Syrien stammender Teilnehmer schob die Verantwortung für den Krieg auf „die Politik“ – eine Argumentationsweise, die auch in anderen Gruppen vorkam:

„Einzelne Personen schaffen Frieden. Solange die Politik keinen Einfluss hat, leben wir in Frieden.“ (Syrer, Altersgruppe 2)

Teilnehmende aus Somalia und Jemen bestätigten, dass auch in ihren Ländern miserable Zustände herrschten, die sie zur Flucht gezwungen hätten. In der Folge schwenkte das Gespräch auf die guten Bedingungen in Österreich. Besonders wurden Sicherheit, Ordnung und Gerechtigkeit hervorgehoben. Der Teilnehmer aus Syrien, der den Dialog eingeleitet hatte, ergriff wieder das Wort und betonte in Bezug auf Menschenwürde, dass sie als Flüchtlinge hier in Österreich Fuß fassen möchten, was auch für unser Land eine Bereicherung sein könnte:

„Wir brauchen die Möglichkeit unsere Fähigkeiten einzubringen. Das wäre auch eine Chance für Österreich. Doch die Anerkennung unserer Qualifikationen ist ein Problem. Die deutsche Sprache ist für mich eine Hürde, aber ich kann gut Englisch.“ (Syrer, Altersgruppe 3)

Der Teilnehmer aus dem Jemen problematisierte, dass in Österreich nur offizielle Ausbildungsabschlüsse anerkannt würden. Im Jemen seien diese nicht so wichtig, da zählten nur die Arbeitserfahrungen. Die deutsche Sprache sei wichtig, aber man erlerne diese leichter, wenn man einen Arbeitsplatz habe.

Der Dialog wurde von dieser Gruppe als Möglichkeit gesehen, zu vermitteln, dass sie aus guten Gründen geflohen und gewillt seien, sich in Österreich am Arbeitsmarkt einzubringen.

Das Gespräch in *Gruppe 2* kreiste um die Bereiche Freiheit versus Verletzung der Würde anderer, die Kluft zwischen Gleichbehandlung laut Gesetz und in der Praxis sowie um die Problematik von Korruption und Beziehungen. Wortführer waren ein Rechtsanwalt sowie ein Elektrotechniker aus Syrien.

Als Erster ergriff ein 40-jähriger Teilnehmer aus Syrien das Wort, der die Verantwortung ansprach, die mit Meinungsfreiheit einhergehe:

„In einem Integrationskurs haben wir über Meinungsfreiheit gesprochen. Es ging dabei um die Grenze, wo Meinungsfreiheit zur Verletzung anderer führt, etwa deren religiöser Gefühle. Wo ist hier die Grenze? Und was ist bei Verletzung der Würde anderer zu tun?“ (Syrer, Altersgruppe 2)

Sein Landsmann, der beruflich mit Rechtsfragen zu tun hatte, bestärkte das Argument mit dem Hinweis, dass Freiheit nur mit Kenntnis der Gesetze möglich sei:

„Ist es nicht so, dass wir zunächst die Gesetze bzw. Grenzen kennen müssen, ehe wir Freiheit fordern? Wenn es keine Struktur gibt, entsteht Chaos.“ (Syrer, Altersgruppe 3)

Ein Jugendlicher aus Somalia gab zu bedenken, dass in seinem Land Aspekte wie Sicherheit und Überleben im Vordergrund stünden und nicht Meinungsfreiheit. Der Teilnehmer aus Syrien wendete ein, dass bei ihnen „freidenken durchaus möglich [sei], aber seine Meinung auszusprechen gefährlich“.

Sein Landsmann relativierte den Freiheitsbegriff und brachte erneut Verantwortung ins Spiel:

„Bei uns steht Freiheit zwar im Gesetz, aber in der Praxis wird sie nicht umgesetzt. Ich denke aber, dass Freiheit auch falsch verstanden werden kann, z. B. als fehlender Respekt vor älteren Menschen. Ich kann es zwar als meine Freiheit ansehen, dass ich in einem Bus meinen Sitzplatz für eine ältere Person nicht frei mache, aber man tut es nicht.“ (Syrer, Altersgruppe 2)

Der Vorredner fühlte sich missverstanden und erwiderte wie folgt:

„Ich stimme dem zu, aber dabei geht es um den Umgang miteinander, um Regeln der Höflichkeit, nicht um Freiheitsrechte, etwa jenem, seine Meinung frei sagen zu können.“ (Syrer, Altersgruppe 3)

Er nannte als Beispiel für Unfreiheit in seinem Land, dass man Stipendien nicht aufgrund guter Leistungen, sondern durch Beziehungen bekomme. Sein Landsmann stimmte ihm zu und ergänzte, dass dies in Syrien in allen Bereichen so sei. Der Jugendliche aus Somalia kam nochmals auf das Verhältnis von Freiheit und Verantwortung zurück:

„Auch in der Tierwelt gibt es Grenzen und Regeln, die von den unterschiedlichen Tierarten respektiert werden.“ (Somalier, Altersgruppe 1)

Worauf jener Teilnehmer aus Syrien, der zu Beginn auf die Wichtigkeit des Gesetzes hingewiesen hatte, diesen beschloss mit der Feststellung:

„Voraussetzung ist die Gleichberechtigung aller vor dem Gesetz. Das gibt Sicherheit. Und diese Gleichberechtigung muss in der Praxis eingefordert werden.“ (Syrer, Altersgruppe 3)

Die Wiedergabe dieses Dialogausschnitts zeigt, dass die Diskussionen teilweise auf sehr hohem Niveau geführt wurden und die Möglichkeit dazu trotz anfänglicher Skepsis (die Mehrzahl dieser Gruppe hatte noch keinen Asylbescheid) durchaus geschätzt wurde.

In *Gruppe 3*, der reinen Frauengruppe, kreiste das Gespräch lange Zeit um das Recht, das Kopftuch zu tragen. Einigkeit herrschte darüber, dass die Frauen selbst darüber entscheiden sollten. Der Einstieg ins Gespräch er-

folgte über die Frage, wie sie sich als Flüchtlinge hier in Salzburg aufgenommen und behandelt fühlen.

Die Teilnehmenden berichteten überwiegend von positiven Erfahrungen, einige erwähnten, dass ihre Töchter Angst vor der Schule hätten. Eine Mutter aus Syrien berichtete, dass sie schon Probleme hätten wegen ihres Aussehens und weil sie Grundsicherung beziehen.

Darauf berichtete eine Teilnehmerin aus dem Irak von einem Vorfall im Kontext von Meinungsfreiheit und Menschenwürde, der das Gespräch auf das Kopftuch-Tragen lenkte:

„Einmal gab es einen Vorfall wegen meinem Kopftuch. Ich wurde unter Druck gesetzt, dieses abzunehmen. Darauf antwortete ich, dass es hier in Österreich Religionsfreiheit gäbe und ich niemandem schade, wenn ich ein Kopftuch trage. Meine Tochter geht jetzt hier in die Schule und sie trägt auch bewusst das Kopftuch.“ (Irakerin, Altersgruppe 3)

Daraus entspann sich ein längerer Dialog über das Kopftuch-Tragen. Die Frauen waren mehrheitlich dafür, diese Tradition aufrechtzuerhalten, weil das eine religiöse Vorschrift sei. Einige berichteten, dass dies auch ihre Töchter möchten, manche würden aber lieber eine Haube als Kopfbedeckung tragen. Mehrfach geäußert wurde auch die Sorge, ob ihre Töchter die Schule schafften, da es Sprachprobleme gäbe.

Betont wurde, dass die Frauen das Kopftuch freiwillig tragen und dass dies ihr Recht sei. Die Mutter aus Syrien formulierte es so:

„Ich werde oft gefragt, warum ich ein Kopftuch trage, und antworte darauf immer, dass dies meine Privatsache ist. Mir fehlt etwas, wenn ich es abnehme.“ (Syrierin, Altersgruppe 2)

Eine Teilnehmerin aus dem Irak war als einzige ohne Kopftuch erschienen. Sie betonte in ihrer Stellungnahme, dass sie sich dazu bewusst entschieden habe und dass sie auch keine Integrationsprobleme habe:

„Ich trage bewusst kein Kopftuch und kann auch bereits genug Deutsch, um mich verständigen zu können.“ (Irakerin, Altersgruppe 2)

Sie wies auch darauf hin, dass in den arabischen Ländern die Frauen gezwungen würden, ein Kopftuch zu tragen und dass es gut sei, dass es in Österreich diesen Zwang nicht gäbe. Die unterschiedlichen Haltungen waren jedoch von gegenseitigem Respekt geprägt.

Interessant ist, dass sich in der Frauengruppe die Frage der Menschenrechte am Kopftuch festmachte, während dieses in den übrigen Gruppen weniger thematisiert wurde. Zwei Teilnehmerinnen verteidigten das Kopftuch-Tragen sehr vehement. Eine meinte, dass sie bei einem Kopftuch-Verbot Österreich verlassen würde, eine andere behauptete sogar, dass sie lieber sterben würde als das Kopftuch erzwungener Weise abzulegen.

Eine Teilnehmerin aus dem Irak, eine sehr sprachgewandte Persönlichkeit, brachte noch das Thema „Krieg“ zur Sprache. Sie gab nicht der Regierung, sondern der uneinigen Bevölkerung sowie den zerstrittenen Parteien die Schuld:

„In Österreich habt ihr aus dem Weltkrieg gelernt. Im Irak wird bisher aus den vielen Kriegen nicht gelernt. Es gibt immer wieder Krieg. Das liegt an den Menschen, die sich aufhetzen lassen, nicht an der Regierung. ... Der Grund für die Probleme und dass es immer wieder Krieg bei uns gibt, liegt im Umstand, dass die Bevölkerung des Irak nicht zusammenleben will. Und jede Partei will auf Kosten der anderen gewinnen. Daher gibt es Gewalt, Kriminalität und Bürgerkrieg.“ (Irakerin, Altersgruppe 3)

Die Mutter aus Syrien brachte ein, dass sie sich mit Krieg und Politik gar nicht auseinandersetzen möchte. Sie sei froh hier in Sicherheit zu sein und betonte, dass sie „nur nach vorne schauen“ möchte. In Syrien sei es derzeit wie in der Steinzeit: „Es gibt zu wenig Wasser, zu wenig Nahrung, die Kinder sind ständig in Gefahr.“

Auch in der Frauengruppe wurden die Gründe für die Flucht thematisiert. Auffallend war aber, dass Frauen stärker das Wohlbefinden ihrer Kinder einbrachten, und – es wurde bereits gesagt – beim Thema Menschenrechte sehr früh auf das Thema „Kopftuch“ zu sprechen kamen. Der Tenor des Dialogs darüber: Es soll keinen Zwang geben – auch nicht jenen eines Kopftuchverbots.

Die *Gruppe 4* war die erste Gruppe mit Teilnehmenden ausschließlich aus Afghanistan. Die Stimmung war zu Beginn etwas verhalten, die Atmosphäre deutlich ruhiger als bei den arabisch sprechenden Teilnehmern und Teilnehmerinnen. Skepsis war zu vernehmen. Wir wurden zwischendurch immer wieder gefragt, warum wir diese Fragen stellen und mitschreiben. „Warum interessiert sie das?“, war des Öfteren zu hören.

Der Dialog begann auch hier damit, dass Teilnehmende die Gründe für ihre Flucht erklärten und betonten, dass sie sehr froh seien, hier in Österreich aufgenommen worden zu sein, wie es eine der weiblichen Teilnehmerinnen ausdrückte:

„Ich bin sehr glücklich, hier in Österreich zu sein und bedanke mich für die Aufnahme. In Afghanistan hatte ich keine Rechte, durfte nicht aus dem Haus, ich wusste nie ob mein Mann von der Arbeit nach Hause kommt. Wir möchten Österreich für die Aufnahme hier wieder etwas zurückgeben. Ich bin Analphabetin und tue mich schwer Deutsch zu lernen. Aber meine Kinder sind gut in Farsi und Deutsch, die Kinder haben auch keine Probleme in der Schule. Sie können einmal durch Arbeit Österreich wieder etwas zurückgeben.“ (Afghanin, Altersgruppe 3)

In der Folge wurde aber mehrfach die gefühlte Ungleichbehandlung gegenüber Flüchtlingen aus Syrien und dem Irak benannt. Hier die Aussagen von zwei Teilnehmern:

„In Afghanistan gibt es keine Sicherheit, es ist nicht sicherer als in Syrien.“ (Afghane, Altersgruppe 3).

„Syrier bekommen sofort einen positiven Bescheid, die Interviews bei Afghanen dauern viel länger, oft 3 bis 4 Stunden, bei Syrern nur 15 Minuten. Beim Interview wird den Afghanen gesagt, sie sollen nach Kabul gehen, da Kabul relativ sicher sei. Doch das stimmt nicht.“ (Afghane, Altersgruppe 1)

Befürchtet wurde, dass afghanische Flüchtlinge benachteiligt werden, auch wenn sie sich sehr um Integration bemühen.

Ein junger Teilnehmer in der Gruppe meinte, nachdem die Moderatorin auf in den Medien berichtete Konflikte mit afghanischen Jugendlichen hingewiesen hatte, dass es wichtig sei, Jugendlichen eine Per-

spektive zu geben und ihnen zu ermöglichen, eine Ausbildung zu machen und einer Arbeit nachzugehen. Ein Teilnehmer ergänzte, dass Beschäftigung auch ohne positiven Asylbescheid möglich sein sollte, weil dies zur Integration beitrage. Und jene, die sich mehr Mühe geben, sich zu integrieren, sollten auch mehr Möglichkeiten der Weiterbildung bekommen.

Die erste Dialogrunde mit dieser Gruppe war stark bestimmt von der Angst, keinen positiven Asylbescheid zu bekommen und wieder nach Afghanistan zurückkehren zu müssen. Anders als in den ersten Gruppen wurde auch mehrfach Kritik an der Behandlung hier in Salzburg geübt. Ein Teilnehmer berichtete von einem unwürdigen Umgang mit ihnen in einer Flüchtlingsunterkunft:

„Um 21:00 Uhr wurden Strom und Wasser abgedreht, die Beschwerde bei der Leitung hat nichts gebracht, die wurde nie an das Land weitergeleitet. Im Winter wurde die Heizung abgedreht, es gab keine Glühbirnen in der Nacht. Wir haben den Wunsch, dass das Land Salzburg das besser kontrolliert. Auch seelisch wäre es gut, wenn man weiß, dass jemand nachfragt.“ (Afghane, Altersgruppe 1)

Insbesondere wurde darauf gehofft, hier in Österreich eine neue Existenz aufbauen zu können, wie es ein Jugendlicher, der in Salzburg gerade seinen Pflichtschulabschluss nachholt, ausdrückte:

„Es geht nicht darum, dass wir vom österreichischen Staat Geld bekommen, sondern Möglichkeiten, selbst Geld zu verdienen.“ (Afghane, Altersgruppe 1)

Auch in *Gruppe 5* mit Flüchtlingen ausschließlich aus Afghanistan wurde zunächst die Befürchtung geäußert, dass afghanische Asylwerbende gegenüber jenen aus Syrien benachteiligt würden. Syrer bekämen sofort ein positiven Asylbescheid, bei ihnen würden die Befragungen deutlich länger dauern, so ein Teilnehmer. Ein anderer meinte, dass es in Afghanistan bereits seit 40 Jahren Krieg gäbe und aktuell sich die Situation wieder verschlechtere. Ein weiterer ergänzte, dass es in ihrem Land nicht sicherer sei als in Syrien. Die Taliban würden das Land terrorisieren, auch in Kabul sei die Lage alles andere als sicher.

Ein junger Teilnehmer drückte es so aus:

„In Afghanistan gibt es keine Gerechtigkeit, deshalb sind wir auch geflohen. In Österreich gibt es aber teilweise auch keine Gerechtigkeit. Menschen die sich integrieren wollen und Kurse besuchen, bekommen dennoch häufig einen negativen Bescheid. Syrer erhalten sofort Asyl.“ (Afghane, Altersgruppe 1)

In der Folge wurde mehrmals betont, wie wichtig es sei, dass sie hier in Österreich einer Arbeit nachgehen bzw. Ausbildungen absolvieren können. Beschäftigung soll auch ohne positiven Asylbescheid möglich sein, so ein Teilnehmer in der Gruppe. Jene, die sich besonders um Integration bemühen, sollten bei Ausbildungen bevorzugt werden.

Die erste Dialogrunde mit der *sechsten Gruppe* – vier afghanischen Jugendlichen – kreiste um die Themen freie Wahlen, unabhängige Parteien, den Krieg, der die wirtschaftliche Entwicklung und Bildung für alle verunmöglicht. Zentrales Anliegen war für die Jugendlichen die Überwindung der Gewalt, die Herstellung von Frieden und der Ausbau von Bildung und Wirtschaft. Alle vier lebten, bevor sie nach Österreich kamen, illegal im Iran. Manche der Ausführungen beziehen sich daher auf die politische Situation im Iran.

Mehrfach wurde der Unterschied zwischen Österreich und Afghanistan betont:

„Es ist ein großer Unterschied zwischen dem Leben in Österreich und in Afghanistan. Ihr habt Frieden, bei uns herrscht Krieg. Bei euch gibt es Arbeit, bei uns ist es schwierig, Arbeit zu finden. Die Machtübernahme durch die Taliban hat Afghanistan große Probleme gebracht. Und auch heute ist das Land nicht sicher, obwohl es freie Wahlen gegeben hat.“ (Afghane, Altersgruppe 1)

„Bei Wahlen in Afghanistan gibt es viele Betrügereien und Bestechung. Hier bei euch gibt es das nicht.“ (Afghane, Altersgruppe 1)

„Es gibt mehrere Gründe, warum es hier in Österreich besser ist. Hier gibt es Sicherheit, man kann sich verlassen, dass einem nichts passiert. Parteien sind korrekt und Wahlkämpfe fair. In Österreich ist Freiheit möglich. Im Iran, wo wir zuletzt gelebt haben, bestimmt alles der Führer. Euer System ist gut.“ (Afghane, Altersgruppe 1)

Der Schüler, der als erster das Wort ergriffen hatte, differenzierte die Lage in Afghanistan wie folgt:

„Afghanistan war früher einer der modernsten Staaten der Welt. Seit dem Krieg ist die Situation aber sehr schlecht. Nur reichen Menschen geht es weiterhin gut, da sie sich schützen können. Arme Menschen müssen täglich gefährliche Arbeitswege auf sich nehmen – von einem Dorf ins andere. Die Gefahr, dass man am Weg zur Arbeit umgebracht wird, ist groß.“ (Afghane, Altersgruppe 1)

Ein anderer Teilnehmer brachte das Gespräch auf die Wirtschaft:

„Ich sehe das Hauptproblem in der schlechten Wirtschaft bei uns. Die Welt ist dreigeteilt: Ganz vorne liegen die USA, dann kommt Europa und dahinter erst Asien. Es ist wichtig, dass die Länder in Asien aufholen.“ (Afghane, Altersgruppe 1)

Sein Kollege pflichtete seinem Vorredner bei und ergänzte:

„In Afghanistan gibt es seit 40 Jahren Krieg. Die Wirtschaft ist kaputt. Die Menschen haben wenig Bildung. Das ist das Problem.“ (Afghane, Altersgruppe 1)

Auf die Feststellung der Moderatorin, dass 40 Jahre Krieg verständlicher Weise Bildung und Entwicklung behindere, antwortete ein Teilnehmer:

„Und Nicht-Gebildet-Sein führt dazu, dass Menschen in den Krieg gehen.“ (Afghane, Altersgruppe 1)

Gefragt nach ihren Vorschlägen, was sie in Afghanistan ändern würden, kamen mehrere Ideen: Die Taliban müssten abgeschafft und Meinungsfreiheit müsste hergestellt werden. Zwei Jugendliche schlugen vor, Afghanistan auf die Nachbarländer aufzuteilen, weil es zu viele Konflikte zwischen den Volksgruppen gäbe. Das führte zur Frage, wie sie ihre Identität wahrnehmen. Die Antworten waren eindeutig:

„Hier sind die Konflikte bedeutend geringer. Hier sind vor allem junge Afghanen, die denken anders. In Afghanistan wurde uns immer gesagt, dass es Probleme zwischen den Volksgruppen gibt. Hier in Österreich haben wir die Erfahrung gemacht, dass das nicht stimmt. Wir Afghanen, die hier in Öster-

reich leben, haben diese Probleme untereinander aber nicht“ (Afghane, Altersgruppe 1)

„Hier sagen wir einfach, dass wir aus Afghanistan kommen, und nicht, dass wir von einer bestimmten Volksgruppe sind.“ (Afghane, Altersgruppe 1)

Religion und Staat

Input:

In Österreich kann jeder frei seine Religion wählen. Das heißt, jeder darf sich seine Religion aussuchen und danach leben. Aber die Gesetze des Staates haben gegenüber religiösen Vorschriften Vorrang. Das heißt, die Behörden in Österreich entscheiden immer nach den Gesetzen. Sie entscheiden nie nach den religiösen Vorschriften.

Wir baten die Teilnehmenden, dazu ihre Meinung zu äußern und in einen offenen Dialog zu treten. Zudem ersuchten wir die Gruppen, ihre Erfahrungen in Bezug auf freie Religionsausübung hier in Österreich bzw. Salzburg zu berichten.

In *Gruppe 1* wurde die Religionsfreiheit sowie die Trennung von Staat und Religion durchgehend befürwortet, wobei von einigen Teilnehmenden einschränkend festgestellt wurde, dass die Trennung nicht immer leicht sei. Auch das Auftreten gegen Rassismus wurde thematisiert.

Als erster ergriff ein Syrer in der Runde das Wort und plädierte für eine strikte Trennung von Religion und Staat, verwies aber darauf, dass dies in der Praxis schwer möglich sei:

„Die Trennung von Religion und Staat wäre wichtig, die Realität sieht aber anders aus. Die Gesetze haben mit Religion zu tun, bei uns heute wieder mehr. Wir machen wieder Schritte zurück. Wenn wir Frieden schaffen wollen, müssen wir diese beiden trennen und neutral sein. Gesetze ohne Einfluss der Religion sind Voraussetzung für Frieden.“ (Syrer, Altersgruppe 2)

Ein anderer Teilnehmer schwächte diese Aussage etwas ab und betonte, dass auch religiöse Vorschriften Struktur gäben:

„Religion ist Privatsache. Glaube und Gesetz bzw. Politik ergänzen sich aber. Der Koran hat auch Regeln, die in der Moschee gepredigt werden. Und Religion bringt auch Struktur ins Leben. Ich finde die Trennung von Religion und Staat trotzdem wichtig, aber diese ist nicht ganz möglich.“ (Syrer, Altersgruppe 3)

Hinsichtlich Akzeptanz ihrer Religion hier in Salzburg gab es ambivalente Einschätzungen:

„Es ist schön hier in Österreich, mich zwingt niemand so zu sein wie die, die hier leben.“ (Jemenit, Altersgruppe 2)

„In Salzburg gibt es sechs Moscheen, wir können unsere Religion ausleben. Aber wir sind mit diskriminierenden Blicken konfrontiert. Damit leben wir, das ist für uns aber nicht bedrohlich.“ (Syrer, Altersgruppe 3)

„Ich habe schon öfter gehört: Geht wieder nach Hause (lacht), das macht mir nichts aus.“ (Somalier, Altersgruppe 1)

Der Teilnehmer aus Syrien, der als erster das Wort ergriffen hatte, hob den Dialog auf eine grundsätzlichere Ebene und betonte, dass es überall Rassismus gäbe:

„Auf meiner Fluchtroute bin ich durch viele Länder gereist, rassistische Leute gibt es überall, in arabischen wie in europäischen Ländern, wir haben uns daran gewöhnt.“ (Syrer, Altersgruppe 2)

Der Teilnehmer aus dem Jemen differenzierte diese Aussage weiter und ergänzte:

„Rassismus ist die Meinung Einzelner, nie ist ein ganzes Land rassistisch.“ (Jemenit, Altersgruppe 2)

Ein Teilnehmer sah eine wichtige Ursache für Rassismus in den Medien und forderte eine differenzierte Berichterstattung:

„Die Medien spielen bei der Entstehung von islamfeindlichen Einstellungen eine große Rolle, wenn nur negative Nachrichten über Muslime gebracht werden. Das Gegenteil soll auch gezeigt werden, also dass Moslems anders sind und nicht islamistisch.“ (Syrer, Altersgruppe 3)

Der Teilnehmer aus dem Jemen berichtete in der Folge von der Erfahrung, dass sich viele Moslems auf der Flucht als Christen ausgegeben hätten, um bessere Chancen im Asylverfahren zu haben. Er verurteilte dieses Verhalten, da es gewissenlos sei.

Zum Thema „Vorgehen gegen religiöse Diskriminierung“ gab es unterschiedliche Lösungsvorschläge. Jener Syrer, der für eine strikte Trennung von Staat und Religion eintrat, meinte:

„Die Politiker sollen sich um die Wirtschaft kümmern und die Menschen in Ruhe lassen.“ (Syrer, Altersgruppe 2)

Sein Landsmann schlug interkulturelle Projekte vor, in denen es zum Austausch auf gleicher Augenhöhe komme und Missverständnisse ausgeräumt werden könnten:

„Wir brauchen mehr Seminare und interkulturelle Projekte für Christen und Muslime. Es soll gezeigt werden, dass der Islam friedlich ist. Wir wollen friedlich leben.“ (Syrer, Altersgruppe 3)

In *Gruppe 2* kreiste der Dialog ebenfalls um die Wichtigkeit der Trennung von Religion und Staat, wie dies in Österreich der Fall ist. Betont wurde aber auch hier, dass diese Trennung in arabischen bzw. islamischen Ländern schwierig sei.

Folgende Stellungnahmen machten dies deutlich:

„Sobald Religion und Staat vermischt werden, entstehen Konflikte. Das ist ein Problem in allen arabischen Ländern.“ (Iraker, Altersgruppe 2)

„Glaube ist das, woran man selber glaubt. Das ist Privatsache. Politik soll davon strikt getrennt sein.“ (Somalier, Altersgruppe 1)

Einer der Syrer in der Gruppe erklärte die Schwierigkeit der Trennung von Religion und Staat in den arabischen Ländern aus der historischen Genese der Staaten:

„Die Trennung von Religion und Staat wäre sinnvoll, ist aber leider nicht immer möglich. Viele Regeln sind aus dem Glauben heraus entstanden und wurden von der Politik übernommen. Wichtig ist die Gewährleistung von Religionsfreiheit. In Österreich ist das viel besser möglich als in Syrien.“ (Syrer, Altersgruppe 3)

Sein Landsmann bekräftigte abschließend nochmals die Wichtigkeit der Religionsfreiheit:

„In Österreich darf jeder Mensch seine Religion frei wählen und man darf auch ohne Religionsbekenntnis bleiben. Es ist auch erlaubt, Kinder nicht taufen zu lassen. Entscheidend ist, dass das Gesetz immer über den Regeln der Religionen steht, der Staat zwar Religionsfreiheit garantiert, aber unabhängig von deren Vorschriften agiert.“ (Syrer, Altersgruppe 2)

In *Gruppe 3*, der Frauengruppe, wurde über die Wichtigkeit von Religionsfreiheit und über die Benachteiligung aufgrund religiöser Zugehörigkeiten gesprochen, dabei auch auf die schwierige Situation der Jesiden in Syrien eingegangen. Hier zwei Aussagen:

„Ich finde sehr wichtig, dass vor der Justiz die Religion keine Rolle spielen darf. In Syrien gibt es zwar viele Religionsgemeinschaften, aber in der Justiz spielen Korruption und Beziehungen die entscheidende Rolle.“ (Syrerin, Altersgruppe 2)

„Meine Freundin in Syrien ist Jesidin, sie nahm aber am Islamunterricht teil, weil sie dadurch im Zeugnis mehr Punkte bekam. Das heißt, die Benachteiligung aufgrund von Religionszugehörigkeit gibt es.“ (Irakerin, Altersgruppe 2)

Eine andere Teilnehmerin aus dem Irak schilderte Folgendes aus ihrem Land:

„Im Irak müssen Christen nicht am Islamunterricht teilnehmen. Das Problem der Jesiden ist aber, dass sie zwischen den Religionsgruppen stehen.“ (Irakerin, Altersgruppe 3)

Mehrfach betont wurde, dass die Religionsfreiheit in Österreich sehr geschätzt werde. Zwei Mütter lobten, dass ihre Kinder hier den Islamunterricht besuchen können und damit gleichbehandelt würden. Eine andere berichtete, dass ihre Tochter bewusst den christlichen Religionsunterricht besuche, um diese Religion kennenzulernen.

Zum Zusammenhang von Religion und Gewalt gab es unterschiedliche Sichtweisen, woraus sich folgender Dialog entwickelte:

„Religion und Politik sollen nie vermischt werden. Sobald sie zusammenkommen, gibt es Krieg.“ stehen.“ (Irakerin, Altersgruppe 3)

„Nein, das ist falsch. Der Islam ist keine gewalttätige Religion. Der IS missbraucht unsere Religion für seine Zwecke.“ (Irakerin, Altersgruppe 3)

„Du hast mich falsch verstanden. Der Staat muss den Islam achten, aber dieser darf keinen Einfluss auf den Staat nehmen. Die Trennung ist nötig, da es ja verschiedene Religionen gibt und der Staat für alle da sein muss.“ stehen.“ (Irakerin, Altersgruppe 3)

Auch der Dialog der Frauengruppe zeigte, dass die Trennung von Religion und Staat insgesamt befürwortet und die freie Wahl der Religion als wichtig befunden wird.

In *Gruppe 4*, der ersten Gruppe mit ausschließlich Teilnehmenden aus Afghanistan, herrschte Übereinstimmung, dass Politik und Religion getrennt gehören. Wie schon beim ersten Dialogthema wurde auch hier wieder auf die bedrohliche Situation in Afghanistan hingewiesen, was der Grund für ihre Flucht gewesen sei.

„Wenn es in Afghanistan nicht so gefährlich wäre, wären wir nicht geflohen, in Afghanistan kann man nicht leben, nicht arbeiten. In Afghanistan wird man sofort getötet, wenn man die Religion wechselt. Doch Religion ist nicht so wichtig wie Respekt und Solidarität.“ (Afghanin, Altersgruppe 3)

Von einem Teilnehmer wurde die Befürchtung geäußert, dass man aufgrund seiner Religionszugehörigkeit Nachteile im Asylverfahren haben könne bzw. dass es Vorteile bringe, sich zum Christentum zu bekennen:

„Es gibt Flüchtlinge, die einen positiven Bescheid bekommen haben, weil sie zum Christentum gewechselt sind. Wenn man als Afghane bestätigen kann, dass das eigene Leben in Gefahr ist, erhält man aber keinen Bescheid. Ist man Christ, wird man jedoch nicht nach Afghanistan abgeschoben. Menschenwürde und Gleichberechtigung soll für alle gelten - oder nur für Christen?“ (Afghane, Altersgruppe 1)

Auf die Frage, was sie davon halten, dass man in Österreich auch ohne Religionsbekenntnis sein könne, wurde zustimmend geantwortet:

„Menschen sollen nicht nach ihrer Religion beurteilt werden.“ (Afghane, Altersgruppe 2)

„Ob jemand gläubig ist oder nicht, muss seine persönliche Entscheidung sein können.“ (Afghane, Altersgruppe 1)

In *Gruppe 5*, bestehend aus Flüchtlingen aus Afghanistan zwischen 18 und 48 Jahren, wurde die Trennung von Religion und Staat ebenfalls sehr befürwortet, wobei die Jüngeren den Dialog eröffneten.

“Ich finde es gut, dass in Österreich Religion und Staat getrennt sind. Der Staat sollte alle gleich behandeln. Das sollte in Afghanistan auch so sein.” (Afghane, Altersgruppe 1)

“Religion ist Privatsache und für zu Hause bestimmt. In öffentlichen Einrichtungen soll es keine religiösen Symbole mehr geben.” (Afghane, Altersgruppe 1)

Diese Wortmeldung veranlasste dann doch zu Widerspruch:

“Mich stört das Kreuz in österreichischen Schulen nicht, da es für mich ja keine Bedeutung hat. Wichtig ist, dass wir nicht gezwungen werden, eine bestimmte Religion anzunehmen.” (Afghane, Altersgruppe 1)

“Im Iran gibt es auch Symbole mit Allah in den Schulklassen. Jene die wollen beachten diese, die die nicht wollen schauen nicht drauf.” (Afghane, Altersgruppe 2)

Jener Jugendliche, der den Dialog begonnen hatte, bekräftigte nochmals:

“Wichtig ist aber: Religion soll sich nicht in die Politik einmischen.” (Afghane, Altersgruppe 1)

Der Vorredner brachte dazu Beispiele aus dem Alltag:

“Ich sehe Probleme dort, wo sich die Religion in die Festlegung von Gesetzen oder Vorschriften einmischt. In Österreich kann jeder Mensch in eine Bar gehen und etwas Alkohol trinken. Und Sex ist auch vor der Ehe erlaubt. Das finde ich gut. Die Religion schränkt bei uns die Privatsphäre ziemlich ein.” (Afghane, Altersgruppe 2)

In der Folge schwenkte das Gespräch auf das Kopftuch. Alle waren sich einig, dass es die freie Entscheidung der Frau sein müsse, ob sie ein Kopftuch tragen möchte. Wichtig sei der Respekt gegenüber jenen Frauen, die mit Kopftuch gehen ebenso wie gegenüber jenen, die dieses

nicht mehr tragen wollen. Betont wurde, dass in Österreich Freiheit herrsche, ein Kopftuch-Verbot aber eher zu Konflikten führen würde.

Ein Teilnehmer betonte, dass er seine 16-jährige Tochter selbst entscheiden lässt, ob sie mit oder ohne Kopftuch außer Haus gehen wolle:

„Zwang ist der falsche Weg. Die Tochter würde das Kopftuch wegschmeißen, würden wir sie dazu zwingen. Die Erziehung ist in der Hand der Eltern, aber Zwang führt zu nichts. Auch Alkohol soll erlaubt sein, so wie jeder mag. In Afghanistan ist Alkohol verboten, das finde ich nicht gut. Ich wollte das immer ausprobieren.“ (Afghane, Altersgruppe 3)

Ein anderer Teilnehmer pflichtete ihm bei:

“Verbote sind immer schlecht.“ (Afghane, Altersgruppe 2)

Die Dialogrunde zeigte, dass die Teilnehmenden dieser Gruppe eine liberale Einstellung gegenüber religiösen Vorschriften auszeichnet und dass sie die Situation in Österreich sehr schätzen. Einschränkend ist festzuhalten, dass sich in dieser Gruppe nur einige zu Wort meldeten, während die anderen nur zuhörten.

Eine offene Einstellung zum Thema Religion und Staat spiegelte auch die Diskussion mit *Gruppe 6*, den vier Jugendlichen aus Afghanistan. Religionsfreiheit und die Trennung von Religion und Staat wurden von allen vier Jugendlichen sehr begrüßt. Ein kleiner Disput entstand darüber, wie wichtig Religion sei. Ein Teilnehmer meinte, dass ihm Religion sehr wichtig sei, ein anderer setzte dagegen, dass der Charakter und die Persönlichkeit eines Menschen unabhängig von seinem Religionsbekenntnis wichtiger seien.

Hier zwei zentrale Aussagen:

“Die eigene Religion wählen zu können und die Trennung von Religion und Staat finde ich sehr gut. Das ist Demokratie. Ohne Religionsfreiheit gibt es keine Demokratie. Dass wir hier in Österreich als Moslems leben können, ist Ausdruck von Demokratie.“ (Afghane, Altersgruppe 1)

“Meiner Meinung nach ist Religion nicht so wichtig. Der Charakter und die Persönlichkeit eines Menschen sind wichtiger. Es gibt Moslems mit guten Taten und Moslems mit schlechten Taten.” (Afghane, Altersgruppe 1)

Der zweite Schüler in der Gruppe verwies noch einmal auf die Konflikte, die in den arabischen Ländern durch die Religion geschürt würde - auch innerhalb der Gruppe der Muslime:

“Ein großes Problem sind Religionskonflikte. Schiiten und Sunniten bringen sich gegenseitig um, obwohl beide Moslems sind.” (Afghane, Altersgruppe 1)

Gleichberechtigung von Mann und Frau

Input:

Frauen und Männer haben in Österreich die gleichen Rechte. In Österreich bestimmen Frauen genauso wie Männer selbst über ihr Leben. Eine Frau entscheidet selbst, ob und wen sie heiratet. Sie darf auch dann mit einem Mann leben, wenn sie nicht mit ihm verheiratet ist. Auch jeder Mann darf sich seine Frau oder Partnerin selbst aussuchen. Gleichgeschlechtliche Partnerschaften sind in Österreich erlaubt. Frauen dürfen mit Frauen und Männer mit Männern zusammenleben.

In der Gruppe 1 waren drei Personen verheiratet, inklusive dem Ehepaar mit Kind aus Syrien. Gleich zu Beginn meldete sich ein Syrer zu Wort. Seiner Ansicht nach spielt die Frau eine große Rolle in der Gesellschaft, unabhängig davon wo sie lebt.

„Gerade wenn eine Frau einen Beruf lernt oder studiert und ihr dann gesagt wird, sie soll zu Hause bleiben, ist das für die Frau frustrierend und ungerecht. Das kann man niemanden vorschreiben. Jeder soll seine Interessen leben können, je nach Persönlichkeit. Die Frau und der Mann können zusammenhelfen.“ (Syrer, Altersgruppe 2)

Ähnlich kommentierte dies auch ein jugendlicher Somalier. Seiner Ansicht nach würde jeder seine Träume haben. Frauen sollten Geld verdienen, auch könne der Mann zu Hause bleiben, wenn die Frau einen besseren Job hat.

Der Syrer meldete sich erneut und meinte, dass es etwas Schönes wäre, wenn Frau und Mann sich gegenseitig unterstützen, in dem z.B. die Frau in der Arztpraxis ihres Mannes helfen würde. Dem stimmten viele Teilnehmende nickend zu.

Scheinbar Einigkeit herrschte darin, dass gewisse Berufe jedoch ausschließlich von Männern gemacht werden sollten, z.B. Tätigkeiten auf Baustellen. Der Teilnehmer aus dem Jemen erzählte, dass er sich gewundert habe, als er in Salzburg eine Frau auf einer Baustelle arbeiten sah. Doch

dies würde er ablehnen, da Frauen körperlich schwächer wären wie Männer. Es herrschte in der Gruppe Einigkeit darüber, dass Frauen zwar arbeiten gehen sollten, jedoch nicht auf einer Baustelle, sondern eher z.B. im Einzelhandel oder im Krankenhaus. Dazu meldete sich einer der Syrer wie folgt zu Wort:

„Es gibt viele Männer die es nicht aushalten, wenn die Frau arbeiten geht. Ich denke aber: Jede Frau hat das Recht zu studieren und zu arbeiten. Mann und Frau sollen sich das miteinander ausmachen, eine Partnerschaft ist immer eine Vereinbarung. Bei allem Respekt gegenüber allen Frauen. Frauen in Männerberufen sind aber nicht richtig, z.B. Taxifahrer oder Arbeiter auf einer Baustelle. Frauen sollen in Berufen arbeiten, in denen sie das Gleichgewicht zwischen Haushalt, Kindern und Beruf halten können.“ (Syrer, Altersgruppe 3)

Eine weibliche Teilnehmerin aus Syrien meinte:

„Jeder soll frei entscheiden dürfen, Entscheidungsfreiheit ist wichtig. Meine Tochter wird es einmal besser haben und studieren. Hausfrau zu sein ist jedoch gut und es ist besser für die Kinder, wenn die Frau bei ihnen zuhause ist.“ (Syrerin, Altersgruppe 2)

Als das Thema Ehe und Partnerschaft angeschnitten wurde, war man sich in der Gruppe einig, dass ein Zusammenleben ohne verheiratet zu sein nicht in Ordnung wäre, doch ein Kennenlernen vor der Hochzeit und die freie Wahl des Partners/der Partnerin sehr wichtig ist. Der Ratschlag der Eltern wäre schön, wenn man sich nicht sicher ist, so ein junger Syrer. Es wäre aber nicht gut, wenn Mann und Frau einfach verheiratet würden ohne sich zu kennen, denn Liebe wäre wichtig, ergänzte ein junger Somalier. Dies bestätigte auch ein Vertreter aus Syrien, Vater mehrerer Kinder.

Die Moderation ergänzte, dass in Österreich jede zweite Ehe geschieden wird. Darüber herrschte in der Gruppe kaum Verwunderung, so wurde erwähnt, dass die Situation z.B. in Syrien eine ähnliche sei. Der syrische Familienvater erzählte, dass Männer in Syrien bis zu vier Frauen heiraten dürfen. Darauf war die Stimmung in der Gruppe etwas in Aufruhr. Manche lachten, manche nickten und manche schüttelten den Kopf. „Es wäre nur selten der Fall“, ergänzte eine Frau. Und ein anderer schränkte ein, dass nur Männer, die viel Geld haben, sich mehrere Frauen leisten können.

Eine Zeit lang wurde das Thema Mehrfach-Ehe diskutiert, hier gab es unterschiedliche Meinungen und Stellungnahmen. Fragen wurden gestellt, etwa ob eine Mehrfach-Ehe in Österreich möglich wäre. Eine Teilnehmerin verwies darauf, dass die Tradition der Mehr-Frauen-Ehe wirtschaftliche Gründe habe:

„Das Ziel der Mehr-Frauen-Ehe war ursprünglich, dass die Frau wirtschaftlich abgesichert ist und nicht sich selbst überlassen wird.“ (Irakerin, Altersgruppe 3)

Zur Mehrfachehe meldete sich auch der Teilnehmer aus dem Jemen. Seiner Ansicht nach wären Mehrfachehen besser als Ehebruch, da dies eine Sünde wäre. Doch man müsse seine Frauen gut behandeln, meinte er. Darauf erwiderte die Teilnehmerin aus Syrien:

„Es sind nicht alle mit der Mehrfachehe einverstanden.“ (Syrierin, Altersgruppe 2)

Mehrfachehen oder Scheidungen werden oftmals von den Frauen selbst vorgeschlagen, wenn sie keine Kinder bekommen können, so ein junger Syrer:

„Wenn die Frau keine Kinder bekommen kann, dann kann die Frau zu ihrem Mann sagen, er soll eine andere Frau heiraten.“ (Syrier, Altersgruppe 1)

Damit käme jedoch meist eine Scheidung zum Tragen und keine Mehrfachehe. Die Moderation stellte dazu die Frage an die Gruppe, wie es umgekehrt wäre, also, wenn der Mann keine Kinder zeugen kann. Dazu antwortet ein Teilnehmer, dass sich in diesem Fall die Frau scheiden lassen könne. Hier stimmten alle von der Gruppe zu.

In *Gruppe 2* kreiste der Dialog um die „Freie Wahl des Partners“, „Ehe trotz unterschiedlicher Konfessionen“, „Zusammenleben vor der Eheschließung“, „Mischehen“ und „Familie mit Kindern ohne Eheschließung“. Es gab auch mehrere Rückfragen zur rechtlichen Situation in Österreich.

Einer der Jugendlichen aus Somalia meldete sich dazu als erster zu Wort:

„Ich finde es schön, dass man hier in Österreich frei wählen und eine Somalierin auch einen Österreicher heiraten kann. Mädchen können in Somalia nicht

frei entscheiden, wen sie heiraten wollen. Sie werden verheiratet.“ (Somalier, Altersgruppe 1)

Ein Zusammenleben ohne Eheschließung kann sich auch diese Gruppe sehr schwer vorstellen. Eine Eheschließung ohne Einfluss der Eltern jedoch sehr wohl.

Die Moderation stellte die Frage nach dem unverheirateten Zusammenleben in den Raum. Darauf ein Teilnehmer aus dem Irak:

„Der Glaube erlaubt uns kein voreheliches Zusammenleben. Das respektieren wir. Warum soll man ohne Heiraten zusammenleben?“ (Iraker, Altersgruppe 3)

Daraufhin stellte sein Landsmann die Frage, wer für die Kinder verantwortlich sei, wenn Mann und Frau ohne Ehe zusammenleben. Seiner Ansicht nach solle zumindest ein Heiratsantrag vor der Gründung einer Familie gestellt worden sein. Die islamische Ehe gelte im Irak als staatlich geschlossener Ehevertrag, so informierte uns ein anderer Teilnehmer in der Gruppe.

Im Irak könne sich eine Frau ab 18 Jahren selbst entscheiden, wen sie heiratet, bei Minderjährigen würde das Gericht mitentscheiden, erläuterte jener Iraker, der die Ehe als Voraussetzung für Kinder verteidigt hatte.

Ein anderer Teilnehmer aus dem Irak meinte, dass die Eltern bei der Heirat mitreden sollen, denn wenn eine Ehe gesellschaftlich nicht akzeptiert ist, würde das Schande über die ganze Familie bringen. Doch wenn Mann und Frau nicht heiraten wollen, solle sich niemand einmischen.

Wichtig wäre der Schutz der Kinder, denn diese bräuchten eine gute Versorgung und Familie, ergänzte ein weiterer Teilnehmer. Hier kam es zu einem fließenden Übergang zu den Themen Scheidung, Unterhalt und Obsorge für Kinder; dies wird im nächsten Kapitel „Rechte der Kinder“ näher beschrieben.

In *Dialogrunde 3*, der reinen Frauengruppe, ging es auch um die Selbstbestimmung der Frau in Bezug auf Beruf und Partnerwahl, die Rolle der Ehe sowie den Einfluss der Eltern auf die Heirat der Kinder. Betont wurde zum

einen, dass Gleichbehandlung in Syrien zwar in der Verfassung stehe, nicht jedoch in die Praxis umgesetzt werde.

„Traditionen und Bräuche haben einen negativen Einfluss. (...) Diese traditionellen Regeln gelten auch hier unter den Flüchtlingen. Zum Beispiel ist es verpönt, wenn eine Frau einen Mann anspricht.“ (Syrierin, Altersgruppe 2)

Zum anderen müssten laut Islam grundsätzlich Mann und Frau gleichbehandelt werden, in der Praxis würde das jedoch anders aussehen, so die älteste Teilnehmerin aus dem Irak:

„Bei uns gibt es die Gleichbehandlung von Mann und Frau im Islam, nicht jedoch im Gesetz. In der Gesellschaft wird die Frau immer benachteiligt, auch wenn dies nicht in der ursprünglichen religiösen Lehre verankert war.“ (Irakerin, Altersgruppe 3)

Arabische Männer könnten hier in Österreich etwas dazu lernen, so eine Teilnehmerin aus Syrien. Sie selbst erfahre in ihrer Familie Gleichberechtigung, doch grundsätzlich würden wir in einer männerdominierten Gesellschaft leben. Jene Teilnehmerin, die von der Nicht-Gleichbehandlung von Mann und Frau berichtet hatte, ergänzte, dass die Fluchterfahrungen ihre Männer ebenfalls verändern würden:

„Unsere Männer sind durch die Fluchterfahrungen auch verantwortungsbewusster geworden.“ (Irakerin, Altersgruppe 3)

Auf die Frage, wie wichtig den Frauen ihr Beruf wäre, antworteten alle in der Frauengruppe „Sehr wichtig“. Zwei betonten jedoch, dass sie, obwohl sie zwar einen Beruf haben, keine Arbeit finden würden. Eine syrische Hausfrau meinte, dass es gerade für Frauen, die nach Österreich geflohen sind, wichtig wäre hier eine Ausbildung machen zu können. Eine Teilnehmerin kritisierte die Tatsache, dass sie als Asylwerberin keine Ausbildung machen kann. Eine andere - die Älteste in der Gruppe - ergänzte:

„Viele, die als Flüchtlinge hier her gekommen sind, haben eine gute Bildung. Uns fehlt nur die Sprachkenntnis, um uns gut mitteilen zu können. (Irakerin, Altersgruppe 3)

Eine Teilnehmerin aus Syrien betonte, dass sie zwar für Gleichberechtigung ist, doch dagegen, dass Paare vor der Hochzeit Kinder bekommen,

denn es würde den Kindern somit an Sicherheit fehlen. Schwangerschaft bedeutete für sie also automatisch, dass eine Frau heiraten soll. Eine Teilnehmerin informierte uns darüber, dass im Islam eine Familie mit Kindern ohne Ehe nicht denkbar wäre. Gesetzlich ist es so geregelt, dass das Kind automatisch den Namen und die Religion des Vaters übernimmt.

Die Tatsache, dass in Österreich die neugeborenen Kinder automatisch den Namen der Mutter erhalten, stieß bei einer Mutter mehrerer Kinder, auf Ablehnung. Sie begründete dies mit sozialen Folgen:

„Bei euch kann eine Frau selbständig sein und für das Kind sorgen. Bei uns zuhause ist das schwierig. Das Kind verliert ohne Vater seine Sicherheit. (...) Ich bin dafür, dass die Kinder den Namen des Vaters annehmen, weil sie sonst um ihre Erbschaft umfallen.“ (Irakerin, Altersgruppe 3)

Zwei jüngere Irakerinnen und eine Syrerin fanden die Regelung, dass die Kinder den Namen der Frau bekommen sollen, wiederum gut. Dazu eine der Stellungnahmen:

„Das Problem bei uns im Irak ist, dass die meisten nur noch kirchlich heiraten. Daher gelten immer die Regeln der Religion.“ (Irakerin, Altersgruppe 2)

Was das Kopftuch-Tragen anbelangt, plädierte die Frauengruppe durchgehend für die freie Entscheidung der Frau, wobei die Mehrheit diese Tradition als religiöse Pflicht verteidigte, wie im Abschnitt zu „Menschenrechten und Freiheit“ bereits ausgeführt wurde.

Auch in *Gruppe 4* waren die meisten Teilnehmenden der Meinung, dass einem Zusammenleben zwischen Mann und Frau eine Hochzeit vorausgehen sollte. Doch zwei junge Teilnehmende meinten, dass vor der Hochzeit ein Kennenlernen von 2-3 Jahren notwendig wäre, mitunter auch indem man unverheiratet zusammenlebt.

Grundsätzlich sprach sich niemand gegen Gleichberechtigung in Beruf und im Privatleben aus. Auffällig war, dass viele Bildung für Frauen befürworteten, insbesondere auch für junge Mädchen. Dieses Argument war auch in anderen Gruppen zu hören.

In *Gruppe 5* fragte die Moderation nach der Einführung in den Themenabschnitt, wie es mit der Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau in Afghanistan aussehen würde.

Dazu meldete sich ein Jugendlicher zu Wort:

„In Afghanistan gibt es keine Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau.“
(Afghane, Altersgruppe 1)

Die Gruppe diskutierte in der Folge das Kopftuchverbot. Viele sahen einen Widerspruch zwischen unseren demokratischen Werten wie der Freiheit jedes Einzelnen und dem Kopftuchverbot.

„Ich bin für Selbstbestimmung. In Österreich herrscht Freiheit, ein Kopftuchverbot würde Konflikte schüren.“ (Afghane, Altersgruppe 2)

In der Gruppe waren sich alle einig: jede Frau soll selbst bestimmen, ob sie ein Kopftuch trägt oder nicht.

Einem Teilnehmer war es wichtig zu betonen, dass man sich an das Gesetz halten solle. Ein anderer wünschte sich Respekt zwischen jenen, die ein Kopftuch tragen und jenen, die keines tragen. Zwang wäre der falsche Weg, seine Tochter würde das Kopftuch wegschmeißen, wenn sie zum Tragen gezwungen werden würde. Ein anderer bestärkte dies und ergänzte wie folgt einen Aspekt der Integration:

„Meine Tochter ist 16 Jahre und sie soll selbst entscheiden, ob sie ein Kopftuch tragen möchte, oder nicht. Ich empfehle keines zu tragen, da es besser für die Integration ist.“ (Afghane, Altersgruppe 3)

Beim Kopftuchverbot waren sich quer durch die Gruppe alle relativ einig darüber, dass ein Verbot nicht zielführend wäre, nur einige wenige äußerten sich gar nicht oder betonten, dass es wichtig wäre sich an das Gesetz zu halten.

In *Gruppe 6*, jener der vier Jugendlichen aus Afghanistan, hatte das Thema Gleichberechtigung von Männern und Frauen in der Berufs- und Arbeitswelt einen relativ hohen Stellenwert. Während zu Beginn diesbezüglich Skepsis geäußert wurde, da Frauen eher bei den Kindern bleiben sollten und es bestimmte Berufe gäbe, die nicht für Frauen passen würden

(Stichwort Bau), einigten sich die Teilnehmer im Lauf des Dialogs darauf, dass doch Mann und Frau einem Beruf nachgehen sollten. Als gewichtiger Grund dafür wurde genannt, dass man sich in Österreich das Leben anders auch nicht leisten könne. Hier zwei Aussagen im Wortlaut

„Männer kennen sich im Haushalt weniger aus, weil das die Verantwortung der Frauen ist. Aber wenn wir nun hier in Österreich leben, ist klar, dass wir uns an eure Rechte anpassen. Ich glaube auch, dass in Österreich deshalb Mann und Frau arbeiten, weil sie sich sonst das Leben nicht leisten können.“
(Afghane, Altersgruppe 1)

„Wenn nur einer Geld verdient, ist das Leben schwer zu finanzieren. Wenn ich heirate, würde ich mir auch von der Frau wünschen, dass sie arbeiten geht und ich würde mich auch um die Kinder kümmern.“ (Afghane, Altersgruppe 1)

Rechte der Kinder

Input:

Der Staat schützt Kinder besonders. In Österreich haben Kinder das Recht auf Bildung. Alle Kinder müssen neun Jahre in die Schule gehen. Das Kindergartenjahr vor dem Schuleintritt ist ebenso verpflichtend. Gewalt gegen Kinder ist verboten und wird gerichtlich verfolgt.

Diese Regelungen wurden in *Gruppe 1* weitgehend für gut befunden. Einige Teilnehmenden waren aber der Ansicht, dass man auch schon früher einen Beruf erlernen können sollte. Wichtig wäre, wenn man lesen und schreiben könne.

Die einzige weibliche Teilnehmerin der ersten Gruppe betonte die Wichtigkeit einer umfassenden Schulausbildung und bezog sich hier speziell auf ihre Familie:

„Wichtig ist, dass die Kinder studieren und ein Doktorat machen, damit wir der Gesellschaft wieder etwas zurückgeben können.“ (Syrerin, Altersgruppe 2)

Von einem Teilnehmer wurde angesprochen, dass die Ausbildungsmöglichkeiten für Flüchtlinge in Österreich mit Abschluss des 25. Lebensjahres enden, was schade sei.

In *Gruppe 2* kreiste das Gespräch um die Rechte der Kinder in Österreich. Es gab Nachfragen, etwa zur Situation unehelicher Kinder bzw. Alleinerziehender, zur Regelung, dass Väter verpflichtet sind, Alimente zu zahlen, wenn sie nicht im Haushalt mit der Mutter und den Kindern leben, sowie zur Staatsbürgerschaft von Kindern aus Mischehen.

Neu war den Teilnehmenden, dass in Österreich Kinder immer die Staatsbürgerschaft der Mutter erhalten. Gefragt wurde, ab wann Kinder von Zugewanderten die österreichische Staatsbürgerschaft bekommen, was geklärt werden konnte.

Auf unsere Frage, ob es gut sei, wenn junge Menschen bereits vor Beendigung des 18. Lebensjahres heiraten, antwortete ein Teilnehmer deutlich:

„Besser ist es, wenn Menschen später heiraten, da sie dann mehr Reife und Lebenserfahrung haben. Auch 18 Jahre sind zu früh.“ (Syrier, Altersgruppe 3)

Andere stimmten dieser Aussage ebenfalls zu. Und die Regelungen zum Wohle der Kinder wurden von allen für gut befunden.

Über die Schulpflicht bis zum 15. Lebensjahr entspann sich eine kontroverse Diskussion zwischen den beiden Jugendlichen aus Somalia. Einer meinte, dass es sinnvoll sein könne, wenn Jugendliche früher einer Arbeit nachgehen können:

„Was ist aber, wenn jemand beispielsweise mit 11 Jahren die Schule verlassen und etwas anderes tun, z. B. einer Arbeit nachgehen möchte? Etwas Praktisches lernen kann ja sinnvoll sein und manche junge Menschen müssen zum Lebensunterhalt der Familie beitragen.“ (Somalier, Altersgruppe 1)

Der andere widersprach ihm:

„Nein, ich finde Bildung sehr wichtig und es nicht gut, wenn jemand vorzeitig die Schule verlässt.“ (Somalier, Altersgruppe 1)

Der dritte Somalier sprach abschließend ebenfalls das Problem an, dass Flüchtlinge in Österreich nur bis zum 25. Lebensjahr eine Ausbildung machen können und Ältere nicht mehr.

In *Gruppe 3*, der Frauengruppe, gab es viele Fragen zur finanziellen Absicherung der Kinder und zum Sorgerecht. Betont wurde, dass Bildung und Beruf sehr wichtig für die Unabhängigkeit der Frauen seien und somit auch für Mädchen.

Das verpflichtende Kindergartenjahr wurde ebenso von allen Frauen sehr positiv beurteilt, vor allem deshalb, weil es die Integration der Kinder fördere.

In *Gruppe 4*, die ausschließlich aus männlichen Afghanen bestand, war viel Interesse an dem Thema Rechte für Kinder, Obsorge, Sorgspflicht und Unterhalt zu vernehmen. Es wurden viele Fragen gestellt, ebenso kamen einige Vorschläge:

„Alle Flüchtlinge sollten einen Erziehungsworkshop besuchen.“ (Afghane, Altersgruppe 2)

Auch die beiden Familienväter würden so einen Workshop besuchen. Beide betonten auch, dass sie die Schulpflicht bis zur neunten Schulstufe und das verpflichtende Kindergartenjahr sehr befürworten.

In *Gruppe 5* begrüßten die Teilnehmenden den Schutz der Kinder in Österreich. Es entstand aber kein Dialog dazu.

In *Gruppe 6* kreiste das Gespräch um das Sorgerechtsgesetz, die Schulpflicht und das Verbot für Gewalt an Kindern in Österreich. Die vier Jugendlichen aus Afghanistan begrüßten den Schutz der Kinder in Österreich, der in ihrem Land per Gesetz zwar auch gegeben sei, aber in der Praxis nicht umgesetzt werde. Mehrmals kam von den Jugendlichen der Hinweis, dass in Afghanistan Kinder bereits zu früh arbeiten müssten, weil sie für die Familie dazu verdienen müssten.

Es fand ein sehr reger Informationsaustausch statt. Wir erfuhren, dass eine Frau in Afghanistan nur dann das Sorgerecht erhält, wenn sie finanziell gut ausgestattet ist, und der Mann viel mehr Rechte hätte. Zudem kamen viele Fragen von den Jugendlichen. Etwa was mit Kindern passieren würde, wenn sie von den Eltern nachweislich schlecht behandelt werden, oder ob es für Kinder mit Behinderung eine spezielle Unterstützung gäbe. Es wurde für gut befunden, dass man sich bei uns an das Gesetz hält und der Staat seine Pflichten gegenüber dem Kindeswohl auch wahrnimmt.

Demokratie und Beteiligung

Input:

Österreich ist eine demokratische Republik. Das heißt, die Österreicherinnen und Österreicher dürfen wählen, wer ihr Land regiert. Zusätzlich kann man an Volksabstimmungen, Volksbegehren und Volksbefragungen zu unterschiedlichen Themen teilnehmen. Z.B. wurden die Österreicher und Österreicherinnen gefragt, ob sie Atomenergie in Österreich wollen oder nicht und sie haben dagegen gestimmt, auch wurde vor ein paar Jahren über die allgemeine Wehrpflicht abgestimmt. Die Regierung hat jeweils das Ergebnis akzeptiert: Österreich betreibt keine Atomkraftwerke und die Wehrpflicht wurde beibehalten. Es gibt in Österreich auch das Recht, als Zuhörer an Parlamentssitzungen teilzunehmen sowie das Recht, Demonstrationen durchzuführen bzw. an diesen teilzunehmen. Fallweise werden in Bürgerversammlungen die Bewohner- und Bewohnerinnen von Gemeinden eingeladen, zu bestimmten Themen zu beraten und ihre Vorschläge einzubringen. Ebenso können sich einzelne Bürger und Bürgerinnen im öffentlichen Bereich in Form von Initiativen, Vereinen und Interessensgruppen einbringen.

In *Gruppe 1* wurde mehrfach betont, wie wichtig Meinungsfreiheit wäre, doch wurde die Parteienvielfalt in Frage gestellt, da viele Parteien Unruhe und ein Ungleichgewicht bringen würden. Der Teilnehmer aus dem Jemen formulierte dies so:

„Es soll mehrere Parteien geben, wegen der Meinungsfreiheit. Aber 1 bis 2 Parteien reichen. Mehr Parteien bringen Hass.“ (Jemenit, Altersgruppe 2)

So auch ein Teilnehmer aus *Syrien*:

„Meinungsfreiheit ist wichtig, durch Parteien entstehen aber Feindseligkeiten.“ (Syrer, Altersgruppe 2)

Der Dialog schwenkte nun über zu persönlichen Anliegen in diesem Kontext. Ein Teilnehmer stellte die Frage:

„Wenn wir ein Anliegen haben, wo sollen wir hingehen? Viele Menschen denen wir von uns erzählen, haben keine Ahnung, wir werden nicht verstanden.“ (Syrer, Altersgruppe 3)

Sein Vorredner ergänzte die Kritik:

„Wo gibt es Stellen an die man sich wenden kann? Man wird hin und her geschickt, bekommt schlechte Informationen. Viele haben Angst abgeschoben zu werden, von Seiten der Betreuer im Flüchtlingsheim bekommen wir aber zu wenig Information.“ (Syrer, Altersgruppe 2)

Auch andere kritisierten die schlechte Betreuung in den Heimen der Grundversorgung. Sie würden von jungen Menschen ohne Lebenserfahrung betreut und manche fühlten sich auch von Teilen des Betreuungspersonals diskriminiert.

Das österreichische System der Demokratie und die Mitsprachemöglichkeiten wurden auch in *Gruppe 2* durchgehend für gut befunden, aber mit den negativen Erfahrungen mit den Mehr-Parteien-Systemen in den Herkunftsländern der Teilnehmenden kontrastiert. Daraus resultierte eine gewisse Skepsis gegenüber dem Viel-Parteien-System. Betont wurde, dass Parteien nicht bestimmte Volks- oder Religionsgruppen vertreten sollen und dass diese sich an die Gesetze halten müssten. Mehr Bildung wurde als Zukunftsweg für eine Besserung der Lage hervorgehoben.

Ein Teilnehmer formulierte das so:

„Bei uns hat das System der vielen Parteien versagt, weil so nur Sonderinteressen bedient werden. Es stellt sich die Frage, wer die Führung übernehmen soll.“ (Syrer, Altersgruppe 2)

Einer der Somalier nannte als Grund für die vielen Flüchtenden aus seiner Heimat die fehlende Demokratie und die fehlende Erfahrung mit Mitbestimmung. Skepsis gab es hinsichtlich der Mehrparteiensysteme in ihren Ländern, so einige Teilnehmer. Im Irak würden an die 300 Parteien existieren, erklärte uns ein Flüchtling. Er plädierte für ein Präsidialsystem:

„(...) das Problem der Parteien ist, dass sie Konflikte in der Bevölkerung schüren. Mein Vorschlag wäre, alle vier Jahre einen neuen Regenten zu wählen.“ (Iraker, Altersgruppe 2)

Die Gruppe war sich einig: ein Mehrparteiensystem garantiere noch lange keine funktionierende Demokratie, solange die Parteien, wie in ihren Herkunftsländern, lediglich ihre eigenen Interessen und die bestimmter Volksgruppen verfolgen würden. Dies gelte für Somalia, den Irak und Syrien, da in all diesen Ländern trotz demokratischer Wahlen nur einige privilegierte Gruppen Vorteile hätten und Korruption und Misstrauen an der Tagesordnung stehen würden.

Im weiteren Diskussionsverlauf wurde von Seiten der Teilnehmenden die Monarchie als Staatsform thematisiert. Für manche Workshop-Teilnehmende wäre dies die ideale Form einen Staat zu führen. Die Monarchien in Marokko oder aber auch Belgien wurden von einem Teilnehmer als gutes Beispiel genannt. Die Moderation erklärte, dass es verschiedene Formen von Monarchien gibt und dass die Monarchen und Monarchinnen in Belgien und Großbritannien, im Unterschied zu Marokko, so gut wie keinen Einfluss auf das politische Geschehen haben.

Auf die Frage welche Vorschläge die Teilnehmenden hätten, um die Situation in ihren Herkunftsländern zu stabilisieren, kamen unterschiedliche Antworten von der Einhaltung der Gesetze über bessere Bildung bis hin zur Beschränkung des Wahlrechts:

„Ich bin gegen mehrere Parteien und es sollen nur Gebildete wählen dürfen.“
(Iraker, Altersgruppe 2)

„Wichtig ist, dass sich die Parteien an die Gesetze halten.“ (Syrer, Altersgruppe 3)

„Auch die Menschen in der Politik müssen gebildet sein. Der gegenwärtige Außenminister des Irak kann nicht einmal Englisch, was ein Problem ist.“ (Iraker, Altersgruppe 2)

„Bildung ist wichtig, aber im Wesentlichen geht es darum, dass alle die Regeln einhalten.“ (Syrer, Altersgruppe 3)

Ein Teilnehmer aus dem Irak sah die Ursache im Missbrauch des Glaubens. In dieser Gruppe wurde das Mehrparteiensystem mehrheitlich abgelehnt, Grund dafür waren die schlechten Erfahrungen der Teilnehmenden in ihren Herkunftsländern. So wurden die Moderierenden gefragt, ob unsere

Parteien auch bestimmte Volksgruppen vertreten. Die Moderation erklärte, dass es derzeit sechs Parteien in Österreich im Parlament gibt. Diese unterscheiden sich jedoch durch unterschiedliche Positionen zu inhaltlichen Fragen, etwa in Fragen zur Wirtschafts- oder Bildungspolitik. Doch sie würden nicht bestimmte Religions- und Volksgruppen vertreten. Diese Information war den meisten Teilnehmenden neu und wurde als sehr positiv gesehen. Mehrfach wurde geäußert, dass dies auch in ihren Herkunftsländern so sein sollte.

In *Gruppe 3*, der reinen Frauengruppe, kreiste das Gespräch vor allem um die Rolle der Parteien sowie die Vermischung von Religion und Politik als Ursache der derzeitigen Probleme in den arabischen Ländern. Zu beiden berichteten die Frauen sehr negative Erfahrungen. Geschildert wurde auch, wie Konflikte geschürt und Menschen unterschiedlicher Gruppen gegeneinander aufgebracht werden. Unser Mehr-Parteien-System war der Gruppe eher fremd.

„Wichtig wäre, dass die Politik auf die Bevölkerung schaut und nicht auf eigene Interessen.“ (Irakerin, Altersgruppe 3)

„Bei uns gibt es zwar Frauen im Parlament, diese vertreten aber nicht die Rechte der Frauen. So gibt es eine wichtige Politikerin, die selbst die Mehr-Frauen-Ehe gut findet und für ein Verbot eintritt, dass Frauen nach einer Scheidung wieder heiraten dürfen.“ (Irakerin, Altersgruppe 2)

Dann wechselten wir wieder zurück zum Thema Mehrparteiensystem. Eine Teilnehmerin aus Syrien gab an, dass sie unser System in Österreich gut findet:

„Ich kam über Ägypten und die Türkei nach Österreich und finde die Situation hier am besten, weil nicht nur ein Führer das Sagen hat.“ (Syrierin, Altersgruppe 2)

Eine Teilnehmerin äußerte die Position, dass der Irak bisher am Mehr-Parteiensystem gescheitert sei, aber ebenso an der Diktatur. Jedoch sei früher der Staat über der Religion gestanden, heute sei das genau umgekehrt und das wäre ein Fehler.

Eine andere Teilnehmerin meinte dazu:

„Demokratie muss gelernt werden. Das braucht Zeit.“
(Sylerin, Altersgruppe 2)

Das Problem der Bewaffnung wurde mehrmals angesprochen, und es gab Verwunderung darüber, dass bei uns Parteien keine Waffen besitzen.

„Die Regierung gibt an verschiedene Gruppen Waffen aus, damit sich diese bekämpfen und kein Frieden möglich wird.“ (Irakerin, Altersgruppe 2)

„Doch auch Wörter sind Waffen (...)“, ergänzte die 45-Jährige aus dem Irak. Sie kritisierte die Hetz-Propaganda der Parteien, die ganze Dorfgemeinschaften zerstören würden. Als Beispiel erzählte sie die Geschichte von ihrer Nachbarin, mit der sie sich immer gut verstanden hatte, doch die Hetze der politischen Parteien hätte ihre Freundschaft zerstört.

Einig war man sich in dieser Gruppe darüber, dass die Parteien keine Waffen mehr besitzen dürften. Eine Teilnehmerin brachte vor, dass in einem ersten Schritt alle Parteien die Waffen abgeben müssten und die Bevölkerung mehr Bildung bräuchte um Demokratie zu lernen. Und auch die Regierung müsse aus gebildeten Personen bestehen.

Wir wurden gefragt, wie unsere Regierung zusammengesetzt sei. Wie in allen anderen Gruppen wurden die Teilnehmerinnen nachdenklich, hörten unseren Erklärungen zu und äußerten den Wunsch eines solchen Systems auch für ihre Herkunftsländern.

In *Gruppe 4* wurde starke Kritik am politischen System in Afghanistan geübt, insbesondere an der Ausrichtung der Parteien an Volksgruppen und der Bedienung nur der eigenen Klientel durch die Parteien:

„Der Präsident von Afghanistan verteilt die internationalen Hilfen an seine Gruppen, der Rest der Bevölkerung bekommt nichts.“ (Afghanin, Altersgruppe 3)

„Parteien machen Versprechungen, aber nur auf dem Papier. Z.B. gibt es noch immer viele Gegenden ohne Schule. Es herrscht viel Korruption und Manipulation. Ein Dorf bekommt Geld und Essen vor der Wahl, wenn Werbung für den

Parteivorsitzenden gemacht wird. Nach der Wahl wird das Dorf wieder vergessen.“ (Afghane, Altersgruppe 2)

Da das Parteiensystem in Afghanistan als sehr negativ geschildert wurde, fragten wir, ob jemand glaubt, eine Diktatur sei besser. Ein Jugendlicher plädierte für die Abschaffung der Parteien und eine Führungspersönlichkeit, die über den Parteien stehen würde. Alle übrigen plädierten für ein Mehrparteiensystem wie in Österreich, das nicht nach Volksgruppen unterteilt ist.

„Wenn es Parteien gibt, dann sollen diese für alle Volksgruppen da sein. Die Volksgruppe soll auch nicht mehr im Pass stehen.“ (Afghane, Altersgruppe 2)

Zu unserer Frage, was sie dazu beitragen könnten, um die Lage in Afghanistan zu verbessern, wurde die Beendigung des Krieges und die Vertreibung der Taliban und des IS genannt, auch eine Aufteilung Afghanistans in vier verschiedene Länder wurde genannt.

Vorgeschlagen wurde ein internationaler Hilfsplan, der jedoch tatsächlich bei der Bevölkerung ankommen müsste.

„Die Nato soll helfen. Zuerst muss geschaut werden, wo genau das Problem liegt. Es sind die unterschiedlichen Volksgruppen und die schlechte Wirtschaftslage. Dann soll ein internationaler Maßnahmenplan entworfen werden.“ (Afghane, Altersgruppe 2)

Mehrmals angesprochen wurde auch die Bedeutung von Bildung:

„In Afghanistan wird nichts für die Leute gemacht, es gibt keine Demokratie. Der Grundstein für Demokratie muss gelegt werden durch Bildung.“ (Afghane, Altersgruppe 2)

Der Teilnehmer machte den Vorschlag, dass Flüchtlinge in Österreich zumindest eine Ausbildung abschließen können sollen, ehe sie nach Afghanistan zurückkehren müssten, was dem Land beim wirtschaftlichen und demokratischen Aufbau helfe.

In *Gruppe 5* wurde insbesondere auf das Fehlen demokratischer Strukturen in Afghanistan hingewiesen. Der lang andauernde Krieg wurde dafür verantwortlich gemacht, dass sich die Wirtschaft nicht entwickeln könne.

Sicherheit und ein gewisser materieller Wohlstand seien jedoch die Grundlage für die Entwicklung von Demokratie.

In *Gruppe 6*, den vier Jugendlichen aus Afghanistan, kreiste der Dialog zum Thema Demokratie und Mitbestimmung um die Themen korrekter Parteien und Zusammenarbeit der Parteien zum Wohl aller Menschen. Die Orientierung der Parteien an bestimmten Volksgruppen sollte überwunden werden und die internationale Wirtschaftshilfe beim Wiederaufbau helfen, sie müsse aber von der Bevölkerung kontrolliert werden.

An oberste Stelle wurde auch hier nochmals die Wichtigkeit von mehr Bildung gesetzt:

„Bei uns sind die meisten Menschen zu wenig gebildet. Sie wissen zu wenig Bescheid und lassen sich verführen. An erster Stelle muss mehr Bildung stehen.“ (Afhane, Altersgruppe 1)

Auf die Frage, wo Unterschiede zwischen dem Parteiensystem in Afghanistan und Österreich gesehen werden, kamen folgende Antworten:

„In Afghanistan gibt es zwar mehrere Parteien, aber wer an die Macht kommt, arbeitet für eigene Interessen, nicht für die Entwicklung von Wirtschaft und Wohlstand. Es gibt keine Zusammenarbeit. Es wäre unmöglich, dass zwei Parteien eine Regierung bilden.“ (Afhane, Altersgruppe 1)

„In Österreich wird akzeptiert, dass die Partei, die die Wahl gewinnt, auch die Regierung stellt. Ein Beispiel ist die Wiederholung eurer Wahl zum Bundespräsidenten. Da ist alles fair verlaufen. In Afghanistan ist das nicht so. Die Verlierer wollen den Ausgang der Wahl nicht anerkennen.“ (Afhane, Altersgruppe 1)

Schlussrunden – Feedback

In allen Gruppen wurde den Teilnehmern/innen im Rahmen von Schlussrunden die Möglichkeit gegeben Wünsche, Kritik und Vorschläge bezogen auf ihren Aufenthalt in Salzburg einzubringen.

Insgesamt war die Stimmung und die Meinung über die durchgeführten Workshops durchwegs positiv. Die Möglichkeit zur Meinungsäußerung sowie jene Fragen zu stellen wurde von allen Teilnehmenden sehr begrüßt. Mehrmals wurde erwähnt, dass es mehr solche Workshops geben sollte, in denen man sich austauschen kann und man viel Neues erfährt.

Hier einige der Rückmeldungen:

„Besten Dank für Möglichkeit, dass wir hier unsere Meinung sagen konnten.“
(Syrer, Altersgruppe 3)

„So ein Workshop ist gut und wichtig und soll sich wiederholen für neue Flüchtlinge.“ (Syrerin, Altersgruppe 2)

„Muslime brauchen Zeit und die Chance zu beweisen, dass sie im Frieden leben wollen. Dann werden die negativen Bilder aus den Medien verschwinden.“ (Syrer, Altersgruppe 3)

Ein wichtiges Thema, das sich quer durch alle Workshops zog, war die fehlende Möglichkeit für Asylwerbende einer Arbeit nachzugehen. Diesbezüglich wurde mehrfach der Wunsch geäußert, den Arbeitsmarkt auch für Asylwerber zu öffnen, zumal die Bearbeitung der Asylanträge sehr lange dauern und dadurch die Beschäftigungslosigkeit mitunter zu sozialen Problemen führen würde.

„Ich möchte gerne in meinem Beruf arbeiten und wünsche mir, dass wir bereits vor der Anerkennung als Flüchtlinge einer Arbeit nachgehen können.“
(Irakerin, Altersgruppe 2)

„Wichtig wäre, dass wir eine Arbeit annehmen dürfen und dass es weniger Hürden gibt um eine Arbeit zu finden. Ich habe derzeit eine Beschäftigung als Reinigungskraft, würde aber gerne in meinem Beruf als Mechaniker arbeiten.“
(Syrer, Altersgruppe 2)

„Schon vor dem Erhalt des Asylbescheides eine Ausbildung machen zu können, wäre sehr gut. Das könnte auch Salzburg bereichern, da es viele Talente unter uns Flüchtlingen gibt. Ich glaube, in Deutschland ist es für Flüchtlinge leichter Arbeit zu finden.“ (Afghane, Altersgruppe 1)

„Ich wünsche mir, dass alle jugendlichen Flüchtlinge hier in Salzburg Weiterbildungsmöglichkeiten und eine Beschäftigung bekommen. Wir kommen in der Hoffnung auf Verbesserung unserer Lage hierher. Doch nun haben wir das Problem, dass wir nichts tun können. Wir wollen etwas lernen und uns einbringen.“ (Afghane, Altersgruppe 1)

Von vielen Teilnehmenden wurde ebenso angemerkt, dass in Österreich die formale Qualifikation einen höheren Stellenwert habe wie die berufliche Erfahrung. Dazu wurde folgender Wunsch geäußert:

„Der Workshop war sehr interessant. Ich möchte zu den Arbeitsmöglichkeiten Folgendes sagen: Die Lebens- und Berufserfahrung ist wichtiger als das Zeugnis und wie Menschen damit umgehen.“ (Jemenit, Altersgruppe 2)

„Die berufliche Erfahrung soll einen höheren Stellenwert haben im Bereich der Anerkennung von Qualifikation. Es geht nicht nur darum, welchen Abschluss jemand hat.“ (Syrer, Altersgruppe 1)

Einer der größten Kritikpunkte war die lange Bearbeitungsdauer der Asylanträge. Für viele sei die Ungewissheit, in der sie leben müssten, sehr schwer zu ertragen. Hier zwei der Rückmeldungen:

„Die Asylverfahren sollen rascher abgewickelt werden, damit wir nicht so lange in der Ungewissheit leben müssen, ob wir einen positiven oder negativen Bescheid erhalten.“ (Iraker, Altersgruppe 2)

„Meine Frau und meine Kinder sind noch in Somalia. Es ist schwer zu beweisen, dass auch sie verfolgt werden. Ich möchte, dass auch sie nach Österreich kommen können.“ (Somalier, Altersgruppe 2)

Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Grundsätzlich kann gesagt werden, dass das Engagement und die Bereitschaft in der Gruppe mitzudiskutieren durchwegs sehr groß war. Von fast allen Teilnehmenden war viel Interesse an den Themen und dem Dialog festzustellen. Zudem wurde uns mehrmals gesagt, wie wichtig solche Dialogrunden, einerseits für den Wissens- und andererseits für den Meinungsaustausch, wären.

Man könnte fragen, ob in dem der Erhebung zugrunde liegenden Setting in der Tat immer authentisch die eigene Meinung geäußert wurde, weil die Teilnehmenden zum einen dankbar waren, hier in Österreich Zuflucht gefunden zu haben, zum anderen, weil viele noch auf ihren Asylbescheid warteten. Was bei Umfragen als „sozial erwünschte Antwort“ diskutiert wird, wäre hier auch naheliegend (im Sinne einer Anpassung an „unser“ Wertesystem). Dass dem nicht so war, machen aber die offenen Stellungnahmen etwa gegen ein Kopftuchverbot, ein Mehrparteiensystem sowie die mehrfach geäußerte Meinung deutlich, dass individuelle Freiheit auch Begrenzungen erfordere.

Zu bedenken ist zudem die Möglichkeit des sozialen Gruppendrucks, das heißt, dass sich Teilnehmende den „Wortführenden“ anschließen. Mit der Ermunterung, offen zu sprechen, versuchten wir aber auch dem entgegen zu wirken.

Bei dem Thema *Menschenrechte und Freiheit* wurde der Unterschied zwischen den jeweiligen Herkunftsländern und Österreich sehr deutlich. Vor allem die Tatsache, dass in Österreich die Menschenrechte eingehalten werden und jede/r Bürger/in die Freiheit hat, selbst über sein/ihr Leben zu bestimmen, wurde als sehr positiv gesehen. Für manche Teilnehmenden neu war die Tatsache, dass diese demokratischen Werte und Freiheiten in Österreich zuletzt erst 1945 wieder selbstverständlich wurden.

Die Trennung von *Religion und Staat* wurde durchwegs als Grundvoraussetzung für Frieden gesehen, doch auch hier gab es Unterschiede. So gab es Stimmen, die behaupteten, dass die Kirche grundsätzlich Einfluss auf

den Staat hätte und eine Trennung kaum möglich aber wichtig wäre. Dass die Religion ein zentraler Faktor im Krieg in ihren Herkunftsländern wäre, war die mehrheitliche Meinung. Zugleich wurde von einigen betont, dass die Religion auch Struktur und Regeln gebe und dass der Islam eine friedliche Religion sei.

Die Dialogrunden zeigten zwar, dass den meisten Flüchtlingen Religion wichtig ist, aber von der Politik getrennt gehöre. Ein starkes Anliegen war, der muslimischen Glaubensgemeinschaft Zeit zu geben um zu beweisen, dass der Islam eine friedliche Religion sei und die Unruhen in ihren Herkunftsländern vor allem am Missbrauch des Glaubens und dessen Instrumentalisierung festzumachen seien. Der muslimische Glaube wäre nicht islamistisch, dies wurde mehrfach betont. Sehr positiv hervorgehoben wurde von vielen Teilnehmenden die Möglichkeit in Österreich den muslimischen Glauben, dank der vorherrschenden Religionsfreiheit, aktiv leben zu können.

Das gegenwärtig in Österreich immer wieder diskutierte Kopftuchverbot wurde von der Mehrheit als Einschränkung der individuellen Freiheit und somit als Widerspruch zu unseren demokratischen Grundsätzen betrachtet. Doch niemand, bis auf eine junge Irakerin, erwähnte das Kopftuch bzw. die Verschleierung als ein Mittel zur Diskriminierung der Frau, solange sie es freiwillig tragen würde. Das Tragen des Kopftuchs wäre Privatsache und unterliege als religiöses Symbol der Religionsfreiheit, so der Tenor.

Fälle von Diskriminierung von Seiten der österreichischen Bevölkerung („Geht wieder nach Hause“, Aufforderungen das Kopftuch abzunehmen) wurden vereinzelt erwähnt, jedoch nicht als dramatisch geschildert. Rassismus wäre den Flüchtenden in bisher allen Ländern begegnet, das wäre kein österreichisches Phänomen.

Ein in weiten Teilen anderes Verständnis von *Demokratie* konnte festgestellt werden. So wurde das Mehrparteiensystem sehr skeptisch betrachtet, da viele Parteien ihrer Erfahrung nach Unruhe stiften würden. Vereinzelt wurde auch der Wunsch nach einem Führer / Entscheider / Monar-

chen eingebracht. Begründet wurde dies damit, dass die einzelnen Parteien in Syrien, Afghanistan oder dem Irak vorwiegend Volksgruppen vertreten, sich einem bewaffneten Konflikt aussetzen und somit Mitverursacher der Unruhen und kriegerischen Auseinandersetzungen wären.

Für die meisten Flüchtlinge war die Tatsache neu, dass Parteien im österreichischen System in erster Linie Interessen von Bürgern und Bürgerinnen unabhängig von Religion, Volksgruppe oder dem jeweiligen Bundesland vertreten. Manche waren darüber verwundert, dass Parteien in Österreich keine Waffen gebrauchen. Dies wurde als sehr positiv und vorbildlich betrachtet.

Die Skepsis vieler Teilnehmenden gegenüber einem Mehrparteiensystem wurde nachvollziehbar aufgrund der negativen Erfahrungen, die sie mit Parteien in ihren Ländern haben. Im Dialog konnte auf die unterschiedlichen Kontexte von Mehrparteiensystemen bei uns und in den Herkunftsländern der Flüchtlinge eingegangen werden, was in einer allein quantitativen Umfrage nicht der Fall gewesen wäre. So wurde mehrmals erwähnt, dass sich die Teilnehmenden ebenso ein politisches System wie in Österreich wünschen. Speziell die Verlässlichkeit in Politik und Verwaltung, die relativ geringe Korruption und der hohe Sicherheitsstandard wurden als sehr positiv betrachtet. Von Seiten der Afghanen/innen wurde mehrmals das aus ihrer Sicht unfaire Asylverfahren kritisiert. Im Gegensatz zu syrischen Asylwerbern/innen würden sie sehr schwer bis gar kein Asyl erhalten, obwohl in Afghanistan ebenso Krieg herrsche.

Sehr oft wurde Bildung mit einer funktionierenden Demokratie in Verbindung gebracht. Fehlende Bildung der Bevölkerung, aber auch der politischen Entscheidungsträger/innen wäre verantwortlich für Krieg, Unruhen und Korruption. Besonders die jungen Teilnehmenden und Frauen betonten die Wichtigkeit von Bildung. Speziell die in Österreich geltende neunjährige Schulpflicht wurde durchwegs als sehr positiv gesehen. Dass auch ihre Töchter eine gute Ausbildung in Österreich erhalten sollten, um einerseits unabhängig zu sein und um andererseits dem Staat Österreich später etwas zurückzugeben, wurde in erster Linie von den Frauen thematisiert.

Aufschlussreich auch für uns als ModeratorInnen war, dass bestimmte Einstellungen erst im kulturellen bzw. sozialen Kontext verstehbar sind. So war den Teilnehmenden neu, dass bei uns der Staat auf das Kindeswohl achtet und die *Rechte für Kinder* schützt. Uneheliche Kinder hätten in arabischen Ländern und Afghanistan – anders als bei uns – keine vom Staat bereitgestellte Sicherheit. Neu war fast allen Teilnehmenden auch, dass ein unehelich geborenes Kind automatisch den Nachnamen und die Staatsbürgerschaft der Mutter erhält und der Mutter automatisch die Obsorge für das Kind zugesprochen wird. Auch über die Unterhaltspflicht jenes Elternteils, der nicht beim Kind wohnt, waren viele Flüchtlinge nicht informiert.

Besonders bedeutsam – speziell in der Frauengruppe – war, dass Frauen durch eigene Berufstätigkeit an Selbständigkeit gewinnen, was die Rolle der Ehe als Institution der ökonomischen Absicherung der Frau bzw. der Kinder relativiert. Ein außereheliches Zusammenleben war jedoch für kaum einen der Teilnehmenden vorstellbar. Als Gründe wurden die Gesetze ihres Herkunftslandes und die Gebote der Religion („es ist Sünde unverheiratet zusammenzuleben“) genannt, aber auch die finanzielle Absicherung der Kinder und der Frau. Ein vorheriges Kennenlernen und die freie Wahl des/der Partners/in wurde jedoch mehrheitlich befürwortet, die Einmischung der Eltern und anderen Familienangehörigen in der Partner/innenwahl vorwiegend abgelehnt.

Von allen Teilnehmenden wurde betont, dass sie sich in Österreich aktiv einbringen und durch Arbeit für den eigenen Unterhalt sorgen möchten. Die Zeit während des Wartens auf den Asylbescheid für Aus- oder Fortbildungen nutzen zu können bzw. bereits vor Erhalt des Asylbescheids einer Arbeit nachgehen zu können, wurde vielfach thematisiert. So könnten im Falle eines negativen Asylbescheides die erworbenen Kompetenzen im Herkunftsland eingesetzt werden. Insbesondere jüngere Asylwerber/innen, die hier einen Pflichtschulabschluss nachholen, setzen große Hoffnungen darauf, den Aufenthalt in Salzburg als Bildungschance wahrnehmen zu können. Manche Frauen kritisierten, dass sie als Volljährige

keine Ausbildung machen könnten und ihnen somit der Weg in Richtung Unabhängigkeit verwehrt bleibe.

Ein mehrheitlich großes Anliegen war der Unterschied in der Anerkennung von beruflicher Qualifikation. Kritisiert wurde, dass in Österreich eine formale Qualifikation mehr zähle als die Berufserfahrung.

Vielen Teilnehmenden sind die Unterschiede des österreichischen Wertesystems zu jenem in ihrem Herkunftsland, speziell im Hinblick auf *Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau*, durchaus bewusst und sie betrachten die Gleichstellung in Österreich als positiv. Frauen sollen eine Ausbildung machen und einen Beruf ausüben, so der Tenor. Sobald Kinder da wären, sehe die Sache jedoch anders aus. Die meisten waren dafür, dass sich die Frau dann dem Haushalt und den Kindern widmen sollte. Eine Anpassung an die Gepflogenheit in Österreich, dass Frauen auch mit Kindern arbeiten gehen, sei aber möglich. Als Begründung wurde von mehreren Teilnehmenden genannt, dass es eine Familie in Österreich mit nur einem Gehalt schwer habe, den Lebensunterhalt bestreiten zu können. Gewisse Berufe sollten aber Männern vorbehalten sein, etwa körperlich schwere Tätigkeiten, z.B. am Bau, oder Taxifahren. Frauen sollten auch solche Berufe wählen, die eine Vereinbarkeit mit Familie und Haushaltsführung möglich machen würden, so die mehrheitliche Meinung.

Mitunter gab es auch sehr aufgeschlossene Meinungen gegenüber der Beteiligung des Mannes am Haushalt und der Kindererziehung, speziell von den Teilnehmenden unter 25. Interessant war diesbezüglich der Kommentar einer 45-jährigen Irakerin, dass ihre Männer durch die Fluchterfahrungen verantwortungsbewusster geworden seien. Sie bezog sich dabei auf das höhere Verantwortungsbewusstsein gegenüber der Familie und der Solidarität gegenüber der Frau.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass beim Thema Berufstätigkeit der Frau und der Aufgabe der Kindererziehung durchaus Wertekonflikte unter den Flüchtlingen festgestellt werden konnten.

Für uns Moderator/innen war ein Unterschied zwischen den arabisch sprechenden und den afghanischen Teilnehmenden festzustellen. So

zeichneten sich jene aus dem arabischen Raum durch ihr aktives Gesprächsverhalten und Temperament aus. Besonders gesprächsfreudig waren die sechs Teilnehmerinnen der „Frauengruppe“. Die afghanischen Teilnehmenden waren eher zurückhaltender, skeptischer und kritisch gegenüber diesem Workshop-Setting („Warum stellen sie uns diese Fragen? Warum wollen sie das von uns wissen?“). Mehrmals wurden wir zu Beginn der Dialogrunden gefragt, ob dies Einfluss auf das Asylverfahren hätte, doch die Skepsis legte sich bei den meisten im Laufe des Gesprächs.

Ein besonderer Wert der Dialogworkshops lag in dem Umstand, dass in der Tat ein offener Meinungsaustausch stattgefunden hat. Es konnten etwa unterschiedliche Sichtweisen auf die Rolle der Religion und die Berufstätigkeit der Frau akzeptiert werden. Und die Entscheidung einer Teilnehmerin, bewusst das Kopftuch nicht mehr zu tragen, fand Platz neben den Positionen vehementer Befürworterinnen des Kopftuchs. Der Anspruch der Werte- und Orientierungskurse, Aspekte wie Offenheit und Meinungsfreiheit zu vermitteln, wurde in den Workshops somit auch praktisch gelebt.

Die Dialogrunden mit den Jugendlichen machten deutlich, dass in den jungen, weltoffenen Menschen unter den Flüchtlingen die Zukunftspotenziale für Länder wie Afghanistan liegen. Ihnen hier gute Startbedingungen zu geben, wäre ein wichtiger Beitrag der Entwicklungszusammenarbeit.

Zusammenfassend lässt sich festhalten:

Im Unterschied zu quantitativen Umfragen bot das Setting der Dialogrunden den Teilnehmenden die Möglichkeit, Aussagen persönlich zu formulieren und im Austausch mit der Gruppe zu entwickeln.

Die qualitative und dialogorientierte Methode dieser Untersuchung ermöglichte dem Projektteam Ergebnisse quantitativer Forschung in Kontext zu setzen. Dieser Kontext stellte sich mehrfach als sehr wichtig heraus, um Einstellungen und Werthaltungen von Flüchtlingen richtig zu verstehen.

Insgesamt ergibt sich ein Bild, dass die hier untersuchte Personengruppe in zentralen Fragen Auffassungen teilt, wie sie in der österreichischen Gesellschaft bereits präsent sind. Eine grundsätzliche Akzeptanz von Mei-

nungsfreiheit, Menschenwürde, der Trennung von Kirche und Staat sowie die Befürwortung der Demokratie wird kombiniert u.a. mit einem überwiegend konservativen Frauenbild, einer durch Erfahrungen in den Herkunftsländern geprägten Skepsis gegenüber dem Mehrparteiensystem und bestimmten religiösen Traditionen. Wichtig ist aber auch die Erkenntnis, dass diese Auffassungen im Leben der Dialogpartner weniger Relevanz haben als Bildung und der Zugang zum Arbeitsmarkt, um individuell und/oder als Familie voranzukommen. Unsere Dialogpartner und Dialogpartnerinnen sind nicht gekommen, weil sie Österreich verändern wollen.

Meinungsfreiheit und Menschenwürde wurden durchgehend als positive Werte beurteilt. Die Nichteinhaltung dieser Werte in ihren Herkunftsländern, bedingt durch Krieg und Verfolgung, nannten viele der Teilnehmenden als Ursache für ihre Flucht. Bemerkenswert ist beispielsweise, dass auch das überwiegend befürwortete Tragen des Kopftuchs durch Frauen auch bei dieser Personengruppe als Ausdruck der individuellen Freiheit argumentiert wird – und ein Durchsetzen dieser Kopfbekleidung bei anderen Personen folgerichtig abgelehnt wurde.

Die Trennung von Religion und Staat wurde mehrheitlich als wichtig hervorgehoben, auch wenn dies in der Praxis nicht immer leicht sei. Deutlich wurde aber auch, dass den meisten der Teilnehmenden Religion und Glaube wichtig sind. Mehrmals wurde betont, dass das Problem im Missbrauch der Religion bzw. des Islam für das Schüren von Konflikten liege.

Die Demokratie wird befürwortet. Der hohe Sicherheitsstandard und die Verlässlichkeit seitens der österreichischen Politik und Verwaltung wird sehr geschätzt. Mehrparteiensysteme wurden von den Flüchtlingen aber skeptisch beurteilt.

Bedeutend ist, und das stellte sich bei den Dialogrunden heraus, dass die Kritik am Mehrparteiensystem sich aus den Erfahrungen mit den Parteiensystemen in ihren Herkunftsländern speist. Im Kern wendet sich die Kritik gegen ethnisch und/oder religiös definierte Trennlinien des Parteiensystems und nicht grundsätzlich gegen Parteienpluralismus.

Hinsichtlich Gleichberechtigung von Mann und Frau herrschen die traditionellen Rollenbilder insofern vor, als mehrheitlich gemeint wurde, dass Haushalt und Kindererziehung Aufgabe der Frau sei. Und es wurde betont, dass es Berufe gäbe, die für Frauen nicht passen würden, etwa am Bau zu arbeiten oder Taxi zu fahren. Zugleich wurde aber betont, dass eine gute Ausbildung auch für Frauen und Mädchen wichtig sei.

Das überwiegende Interesse und Engagement der Befragten zielt aber auf das eigene soziale Fortkommen und die Chancen der Kinder ab, gerade vor dem Hintergrund der Fluchterfahrung. Große Hoffnungen setzten die Teilnehmenden in eine bessere Bildung und Zugänge zum Arbeitsleben. Früher einen Asylbescheid zu erhalten und hier in Österreich einer Arbeit nachgehen zu können, um nicht auf Kosten des österreichischen Staates leben zu müssen, wurde sehr häufig als Wunsch geäußert. Zudem sollte es möglich sein, dass Flüchtlinge in Österreich Qualifikationen erwerben können, die in ihren Herkunftsländern von Nutzen seien, wenn sie wieder in ihre Heimat zurückkehren.

Zu den Autor/innen



Mag.^a Dagmar Baumgartner studierte Kommunikationswissenschaften, sie beschäftigt sich mit Partizipations- und dialogorientierten Kommunikationsprozessen in Theorie und Praxis und betreibt das Unternehmen bePart. Seit 1.2.2017 ist sie an der Robert-Jungk-Bibliothek als wissenschaftliche Mitarbeiterin in Karenzvertretung beschäftigt. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Partizipation, Zukunftswerkstätten, JBZ in den Neuen Medien und Mitarbeit an der Zeitschrift *pro zukunft*.



Mag. Hans Holzinger ist seit 1992 wissenschaftlicher Mitarbeiter und seit 2016 pädagogischer Leiter der Robert-Jungk-Bibliothek. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Nachhaltigkeit, Zukunft der Arbeit und soziale Sicherung, neue Wohlstandsmodelle. In der JBZ ist er u.a. für die Veranstaltungsreihen „Zukunftsbuch“ und „Projekte des Wandels“, Vortrags- und Publikationstätigkeit sowie Mitherausgabe der Zeitschrift *pro zukunft* zuständig. Er war hauptverantwortlich für die Herausgabe von Arbeitspapier 37 „Zukunft Migration“.

Danksagung

Unser Dank gilt allen Mitwirkenden, Partner/innen und Unterstützenden des Projektes. Besonders bedanken wir uns bei Frau *Hayat Moosa* und Herrn *Rahim Sayed* für die ausgezeichnete Übersetzung bei den Dialogrunden. Bedanken möchten wir uns auch beim Geschäftsführer der JBZ, *Mag. Stefan Wally*, der anhand kritischer Fragen und konstruktiver Anregungen zur Verwirklichung und erfolgreichen Umsetzung dieses Projektes beigetragen hat. Reinhard Geiger ist für das gewissenhafte Lektorat dieses Arbeitspapiers ebenso herzlich zu danken.

